antifa-rundschau

Herausgegeben vom Bundesausschuss der VVN/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Nr. 53 Januar - März 2003

Das neue alte Feindbild

Für Neofaschisten aller Schattierungen war schon immer klar: Gewerkschaften sind für die „Volksgemeinschaft“ von Übel und gehören, wenn möglich, abgeschafft. In welchem Ausmaß aber inzwischen nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft das neue alte Feindbild Gewerkschaften in die Öffentlichkeit gerückt wird, konnte während der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst quer durch die Medien verfolgt werden.

„Wenn ich die Rauchzeichen aus dem Kanzleramt richtig deute“, schrieb Günter Gaus bereits am 27. Dezember in der Wochenzeitung „Freitag“, „dann haben die Gewerkschaften gegen die im verlängerten Wahlkampf nach dem 22. September von interessierter Seite erzeugte Stimmung im Land verloren.(...) Man bedenke nur, wie schnell sich jeder Abhängige hierzulande emotional dahin bringen lässt, bei einem Streik im öffentlichen Dienst jeden Müllmann und Omnibusfahrer mit einem gut versorgten Ministerialbürokraten in einen Topf zu werfen. In diesem Land wird, genau betrachtet, weniger gelogen als verdummt.“

Die Verdummungsmaschinerie läuft wie geschmiert – trotz der Erfahrungen, die viele am eigenen Leibe machen müssen. Noch einmal Günter Gaus: „Gehen die betriebsbedingt Freigesetzten aus der Medienbranche gelegentlich in ihre alten Redaktionsstuben und erläutern den ungekündigten ehemaligen Kollegen, dass mancher Glaubenssatz vom Glück, dessen Schmied der Tüchtige sein kann, sich draußen anders anhört als drinnen. Oder scheuen sie das Abfallen vom Glauben?“

Den Gewerkschaften, die das Feindbild abgeben müssen, hat es nichts genützt und nur geschadet, dass ihre Spitzenfunktionäre das regierungsoffizielle Anziehen der sozialen Daumenschrauben, „Hartz-Gesetze“ genannt, wohlwollend abgenickt haben. Mit der Ausweitung der Scheinselbständigkeit und des Niedriglohnsektors mögen sich vielleicht Arbeitslosenstatistiken schönen lassen, gefördert werden damit aber vor allem weitere Massenentlassungen, Privatisierungen, Sozialabbau und gesellschaftliche Diskriminierungen.

Gleichzeitig mehren sich die Versuche von rechts, auch die Straße für sich zu erobern. Mit dem famosen Professor Arnulf Baring als Sprachrohr trommelt die „Bild“-Zeitung einen nicht genauer definierten „Mittelstand“ auf die noch zu errichtenden Barrikaden. Eine Transparent-Losung könnte der putschistische Pöbel, der hier als Zielgruppe anvisiert ist, direkt aus der aktuellen Werbung übernehmen: „Geiz ist geil.“

„Es ist unwahr“, so Gaus, „dass ein entstaatlichtes Wirtschaftssystem die Segnungen des Sozialstaats für die Schwachen zurückbringen wird.

Die Veränderungen, unter denen schon Viele leiden, sind der Anfang einer gesellschaftlichen Epoche von Sozialdarwinismus, deren Dauer nicht nach zwei oder drei Legislaturperioden zu messen ist.(...) Die Gewerkschaften werden viel Mut brauchen.“

Und, das sei hinzugefügt, historisches Erinnerungsvermögen. **Ernst Antoni**



Am 2. Mai 1933 wurden von SA und Mitgliedern anderer NS-Organisationen – hier in Berlin – die Gewerkschaftshäuser besetzt, Arbeiterfunktionäre verhaftet, Einrichtungen der Arbeiterbewegung zerstört oder gestohlen. (siehe dazu auch die Flugblatt-Kopiervorlage zu diesem Jahrestag auf Seite 9 dieser „ar“). Foto: Archiv

Aus der Bundesorganisation

In den letzten Monaten fanden auf Bundesebene eine ganze Reihe von Aktivitäten statt, von denen hier nur einige genannt werden können. Dazu gehören Veranstaltungen zum 9. November und ein internationales Treffen ehemaliger Spanienkämpfer in Berlin. Beteiligt waren Mitglieder der VVN-BdA an einem bundesweiten Gedenkstättenseminar in Flossenbürg, an einer Ravensbrück-Tagung, am antifaschistisch-antirassistischen Ratschlag in Thüringen, an einer Tagung zum Thema Rechtspopulismus in Berlin, an Antikriegs-Aktivitäten sowie natürlich an örtlichen und regionalen Aktionen gegen Naziaufmärsche.

Teilgenommen haben Vertreter der Bundesvereinigung auch am Treffen der Europäischen Antifaschistischen Front (FAE), die eine Kampagne für das Verbot aller neofaschistischen Organisationen betreiben will. Peter Gingold und Ulrich Schneider absolvierten mehrere Termine ihrer Veranstaltungsreihe zum Thema Antisemitismus. In Kassel fand eine bundesweite Beratung der VVN-BdA zur Geschichtsarbeit statt.

Dieser – unvollständige – Überblick über die umfangreichen Aktivitäten auf Bundesebene zeigt deutlich, dass der Start der gemeinsamen Organisation gut gelungen ist. An Aufgaben und Vorhaben mangelt es nicht.

Im November trat in Braunschweig der neue gesamtdeutsche Bundesausschuss der vereinigten VVN-BdA zum ersten Mal zusammen.

Der Bundesausschuss (BA) ist zwischen den Bundeskongressen das höchste Verbandsgremium. Ihm gehören die Vertreter/innen aller Landesverbände und Mitgliedsorganisationen sowie der korporativen Mitglieder (das sind in erster Linie die Lagergemeinschaften und Freundeskreise) und die Mitglieder des auf dem Bundeskongress gewählten Geschäftsführenden Vorstandes an. Im BA sollen die Beschlüsse des Bundeskongresses umgesetzt, die Arbeit der Landesverbände koordiniert, Erfahrungen vermittelt, Empfehlungen für die Arbeit gegeben und aktuelle politische Fragen erörtert werden.

Auf der Sitzung in Braunschweig wurde ein Resümee des Bundeskongresses gezogen. Er wurde übereinstimmend sehr positiv bewertet. Besonders hervorgehoben wurden die Einmütigkeit und die Aufbruchstimmung des Kongresses. Berichte aus Ländern zeigen einen Motivationsschub auch an der Basis.

Am Beginn der ersten BA-Sitzung stand die Abstimmung über die Geschäftsordnung des Bundesausschusses. Sowohl im Verschmelzungsvertrag als auch in der GO ist verankert, dass Beschlüsse im BA mit Zweidrittelmehrheit zu fassen sind. Das unterstreicht den Willen zum größtmöglichen Konsens.

Mit neuer Adresse: Die VVN-BdA-Bundesgeschäftsstelle

Im Dezember vergangenen Jahres ist die Bundesgeschäftstselle der VVN-BdA von Hannover nach Berlin umgezogen. Dort ist sie ab sofort unter der folgenden Anschrift zu erreichen:

VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030-29784174, Fax 030-29784179.

Die e-mail-Adresse hat sich nicht geändert und lautet: bundesbuero@vvn-bda.de

Einstimmig erfolgte die Berufung von Klaus Harbart zum Bundesgeschäftsführer. Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist nunmehr in Berlin.

Auf der Tagesordnung der BA-Sitzung in Braunschweig stand eine erste Beratung der vom Bundeskongress beschlossenen Anträge, die Arbeitsaufträge an den BA enthalten. Dazu gehören

- die Erarbeitung eines Aktionsprogramms, die Nutzung der 70.Jahres- und Gedenktage im Jahre 2003,
- die Weiterführung der Bemühungen um Verbesserungen der Zwangsarbeiterentschädigung, Aktivitäten gegen Revanchismus und Revisionismus,
- die Unterstützung von Gedenkstätteninitiativen und workcamps, sowie
- die Fortführung der Diskussion über antifaschistische Verfassungs-Grundsätze.

Der Geschäftsführende Vorstand/Bundessprecherkreis (GV/BSK) wurde beauftragt, eine Initiative für die Hereinnahme antifaschistischer und antimilitaristischer Aussagen in die europäische Verfassung zu ergreifen.

Der BA erklärte seine Unterstützung für ein Hearing über Naziterror in Südeuropa und die Bestrafung der Täter insbesondere aus der 1.Gebirgsdivision.

Ausführlich befasste sich der BA mit dem Antrag, auch nach der Zusammenlegung beider VVN-Zeitschriften ein monatliches Erscheinen der „Antifa“ zu sichern. Dazu sind jedoch entsprechende finanzielle Leistungen der Landesverbände und Mitgliedsorganisationen notwendig. Deshalb wurde ihnen der Antrag zur Stellungnahme zugeleitet. Ebenso wurde ihnen der Entwurf einer Finanzordnung auf Bundesebene und eines gemeinsamen Erkennungszeichens (Logo) zur Stellungnahme vorgelegt.

Nicht zuletzt befasste sich der BA mit den Vorbereitungen zum bundesweiten antifaschistischen Jugendtreffen am 11. Januar in Berlin. Die Gesamtorganisation wurde zur Unterstützung des Jugendtreffens aufgerufen. Ebenso wurde auf Bundesebene die Veranstaltung zum 30. Januar in Berlin vorbereitet.

Der GV/BSK wurde beauftragt, den Haushaltsplan für 2003 vorzulegen und eine Vorlage für die Anwendung der vereinbarten Finanzierung der Arbeit der Bundesvereinigung durch einen Pro-Kopf-Beitrag der Landesverbände und Mitgliedsorganisationen zu arbeiten. Erörtert wurde auch die Erstellung von Flugblattvorlagen und Broschüren zu aktuellen Ereignissen, Terminen und Gedenktagen.

Ebenfalls seine erste ordentliche Sitzung hatte der Geschäftsführende Vorstand / Bundessprecherkreis (GV/BSK) am 15. und 16. November in Braunschweig. Einstimmig vom BA bestätigt wurde die vom GV / BSK vorgenommene Geschäftsverteilung unter den Vorstandsmitgliedern und damit die Zuständigkeit der einzelnen Sprecherinnen und Sprecher für die jeweiligen Arbeitsbereiche.

Bereits unmittelbar nach dem Bundeskongress hatte am 5. Oktober die konstituierende Sitzung stattgefunden, auf der Fred Dellheim und Conny Kerth zu gleichberechtigten Vorsitzenden des Gremiums gewählt wurden. **P.C.Walther**

antifa-rundschau

Herausgeber: VVN-Bund d. Antifaschistinnen und Antifaschisten, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.
E-Mail: bundesbuero@vvn-bda.de, Internet: www.vvn-bda.de
Redaktion: Peter Altmann, Ernst Antoni (ViSdP), Klaus Harbart, Peter Ch.Walther.
Satz / Druck :
KreativMedia Gersthofen, Dino Druck Augsburg.
Erscheinungsweise: 4 x jährlich mit Supplements für die jeweiligen Bundesländer Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, NRW.
Redaktionsanschrift: VVN-BdA, Frauenlobstr. 24, 80337 München , Telefon (089)531786, Fax (089) 5389464.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Bundesausschusses wieder. Für unverlangt eingesendete Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag (einschließlich Pressemarke) enthalten.
ISSN 0946-5413





Auf dem Podium (v.l.n.r.): Horst Schmitthenner, Peter Gingold, Fred Dellheim, Esther Broß und Paul Bauer. – Blick ins volle Plenum (Bild oben).
Fotos: Juliane Haseloff

Jugendkongress der VVN-BdA in Berlin

„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“, so das Motto des diesjährigen 8.VVN-BdA-Jugendtreffens in Berlin, das damit an den 70. Jahrestag der Machtübertragung an die Nazis am 30. Januar 1933 erinnern wollte.

Welch weitreichende Auswirkungen dieses Ereignis bis in die Gegenwart hat, unterstrich Horst Schmitthenner, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, in seinem Grußwort. Neofaschismus und Rassismus, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, sowie die noch immer spürbaren Auswirkungen des letzten Weltkrieges haben ihre Wurzeln in diesem düstersten Kapitel deutscher Geschichte. Deshalb erhoffe er sich, dass von dieser Konferenz auch ein Signal gegen den drohenden Irak-Kieg ausgehe.

Im Eröffnungplenum schilderten Fred Dellheim und Peter Gingold unter dem Beifall der 200 Anwesenden ihre Erinnerungen und Erlebnisse, die sie im Rahmen der Jugendbewegung damals im Kampf gegen Faschismus und Krieg hatten. In fünf Arbeitsgruppen wurde das Treffen fortgesetzt. Themen waren hierbei u.a. „Vom religiösen Antijudaismus zum politischen Antisemitismus“, „Der Militarismus ist nicht tot...“ oder „Rechte Musik in linke Ohren“. Auf der Abschlussveranstaltung sprach der Jurist und Buchautor Dr. Rolf Gössner zur Problematik „Mehr Sicherheit durch weniger Demokratie?“ Unterstützt wurde das Jugendtreffen in diesem Jahr erstmals auch durch die ver.di- und die IG Metall-Jugend.

Aus dem Beitrag von Horst Schmitthenner:

„Es ist eine „demokratische Gegenmobilisierung“ auf ideologischer Ebene erforderlich. Der Irrsinn rassistischer „Sündenbocktheorien“ muss deutlich gemacht werden. Es gilt, die sozialen und politischen Profiteure anti-demokratischer Politikmuster einer Krisenbewältigung aus dem Nebel der Ideologien hervorzuholen. Es gilt vor allem, Jugendlichen soziale Gegenentwürfe nahe zu bringen, damit sie erkennen, dass der Kampf „jeder gegen jeden“ vielleicht die Natur der kapitalistischen Marktgesellschaften prägt, dass es dazu aber sehr Wohl Alternativen gibt. Eine andere Welt ist möglich.“



An den aktuellen Friedensdemonstration will die VVN-BdA auch gut sichtbar teilnehmen. Es gibt deshalb bei der Bundesgeschäfsstelle eine neues Transparent mit dem Text „Lasst uns ins Frieden, wir machen Krieg nicht mit!“ Das Transparent (Gestaltung: siehe obiges Bild) aus Polyestertuch ist 1,20 m hoch und 3 m breit. Es kann zum Preis von 37 Euro + Porto bestellt werden.

Das Jahr 2003 liefert zahlreiche Ansatzpunkte zur geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit Ursachen und Triebkräften faschistischer Entwicklung in Deutschland sowie den Folgen der Errichtung der NS-Herrschaft. In der Auseinandersetzung mit den historischen Vorgängen gilt es zu verdeutlichen, welche gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte ein Interesse an der Errichtung dieser NS-Herrschaft gehabt hat, wer zu den Unterstützern gehörte und welche gesellschaftlichen Kräfte sich gegen die Errichtung der Nazidiktatur gestellt haben. Dabei wird es unsere Aufgabe sein, in der öffentlichen Debatte deutlich zu machen, dass es – auf unterschiedlicher politischer Ebene – in Deutschland auch politische Kräfte gab, die rechtzeitig vorher einer faschistischen Entwicklung auf der Straße, im Parlament und im gesellschaftlichen Raum entgegen getreten sind. In dieser geschichtspolitischen Auseinandersetzung sollten wir uns auf diejenigen Jahrestage konzentrieren, an denen sich die geschichtspolitische Aufmerksamkeit fokussiert, in die wir durch unsere Aktivitäten eingreifen können. Für uns stehen dabei folgende Jahrestage im Zentrum:

Jahrestage nutzen für Geschichts- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2003



Bücherverbrennung 1933: Gemeinsam mit der SA zündelten auch Studentenverbindungen. **Foto: Archiv**

30.Januar – Jahrestag der Machtübertragung. Hier geht es darum, einen Bogen zu schlagen vom Gedenktag am 27.Januar zu diesem Datum, das den Ausgangspunkt der Verbrechen markiert.
27./28. Februar – Reichstagsbrand. Das Ereignis, das als selbstgeschaffener Vorwand zur Verfolgung aller Linken herhalten musste.
24. März – Ermächtigungsgesetz. Die von den bürgerlichen Kräften mit zu verantwortende Ausschaltung aller parlamentarischer Kontrolle.
1. April – erster Juden-Boykott. Der Beginn des staatlich sanktionierten Antisemitismus.
7. April – Beginn der Berufsverbote durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
1./2. Mai – Zerschlagung der freien Gewerkschaften.
10. Mai – Bücherverbrennung in zahlreichen Universitätsstädten und ideologische Gleichschaltung.
22. Juni – Verbot der SPD, der letzte Schritt der Unterdrückung aller Organisationen der Arbeiterbewegung,
die Gründung der ersten Konzentrationslager.

Neben diesen zentralen Daten gibt es noch Handlungsmöglichkeiten, die sich aus den lokalen und regionalen Ereignissen ergeben.
Umgesetzt werden muss diese geschichtspolitische Schwerpunktsetzung durch regionale Veranstaltungen und lokale Aktionen. In einigen Bundesländern gibt es Planungen, den 1./2.Mai als Jahrestag des Sturms auf die Gewerkschaftshäuser gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften vorzubereiten. Auch die Jahrestage der Befreiung der Konzentrationslager sollen in diesem Jahr unmittelbar mit der Erinnerung an das Jahr 1933 verbunden werden. Verabredet wurde bei einer Geschichtsberatung im November 2002, dass es auf Bundesebene eine gemeinsame Broschüre zum Jahr 1933/ 2003 geben soll, wobei der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Weg in den Faschismus und auf der Etablierung der faschistischen Herrschaft liegen soll. Weitere Publikationen werden von Landesorganisationen entwickelt, die jedoch bundesweit zur Verfügung gestellt werden. In zwei Landesverbänden gibt es Vorbereitungen für eine Publikation zum Jahrestag der Bücherverbrennung. Solche Materialien stehen natürlich allen Untergliederungen der VVN-BdA zur Verfügung. Als Öffentlichkeitsmaterial wird es zentrale Flugblattvorlagen der VVN - BdA zu den Themen „Zerschlagung der freien Gewerkschaften“ und zur Bücherverbrennung geben.

Solche Geschichtsarbeit ist dabei nicht allein rückwärtsgewandte Erinnerungsarbeit, sondern Teil des aktuellen politischen Streits. Sachsen-Anhalt verbindet diese Arbeit mit dem Kampf um die Bewahrung der antifaschistischen Gedenkstätten, wie z.B. der Gedenkstätte KZ-Lichtenburg oder dem Roten Ochsen in Halle, Sachsen integriert diese Erinnerungsarbeit in die Auseinandersetzung um die angekündigten Nazi-Aufmärsche. Auf diese Weise wird Geschichtsarbeit, das politische Erinnern zur Orientierung für antifaschistisches Handeln heute und morgen.

Ulrich Schneider



Der Beginn der Judenverfolgung 1933: Boykott von Geschäften, Anwaltskanzleien und Arztpraxen. **Foto: Archiv**

Bilder gegen den Krieg

Wenn diese Ausgabe der „antifa-rundschau“ ihre Leserinnen und Leser erreicht kann es sein, dass der von George Bush mit oder ohne UNO-Beschluss angedrohte Krieg gegen den Irak bereits stattfindet. Wir wissen auch nicht, welche Rolle die Regierung der Bundesrepublik spielen wird, wenn die „normative Kraft des Faktischen“ sich entfaltet hat.

Eines der vielen finsteren Bilder aus dem neuen Zyklus des Künstlers Guido Zingerl, „Asche und Feuer oder Das Ende der Trauer“ heißt „Planet Management“ *(Bild oben)* – und es wird seine Gültigkeit behalten, ganz egal, wer sich am aktuellsten Kriegsverbrechen direkt beteiligt oder „nur“ (etwa über die Besatzung von AWACS-Flugzeugen) zu dessen Logistik beiträgt.

Zingerl hatte im Januar seinen 70. Geburtstag. Sich und uns schenkte er aus diesem Anlass ein in Acrylfarben und Schwarzweiß gestaltetes umfangreiches Szenario aus vielen einzelnen Bildwerken, das trotz einiger, von ihm selbst so genannten „Fluchtbilder“, mit wunderschönen Jahreszeiten-Landschaften, eine rabenschwarze Zukunft für unseren Planeten prophezeit. Er schenkt sich und uns also eigentlich nichts. Außer der Möglichkeit, für sich und andere aus den wie immer auch mit bitterem Witz unterlegten verzweifelten Bildern doch noch Ansätze zum individuellen und kollektiven Gegensteuern zu entwickeln.

Bei der Vernissage von „Asche und Feuer oder das Ende der Trauer“ in der Stadthalle von Germering bei München, einem überregional bedeutsamen Kulturzentrum, drängten sich Hunderte von Menschen. Bürgermeisterliche, kunsthistorische und persönliche Würdigungen wurden dem



Künstler zu seinem Siebzigsten zuteil. Die Bilder gingen, wie bei solchen Anlässen meist, ein wenig unter im Trubel. Sie können in einem Buch betrachtet werden *(Guido Zingerl, Asche und Feuer oder das Ende der Trauer, Schwiftinger Galerie Verlag Schwifting, 136 S., ISBN 3-992087-22-1, 25 EUR)*.

Zingerl ist auch dabei in der großen Karikaturen-Anthologie „Aufhör'n! Karikaturen gegen den Krieg“ *(Titelseite siehe Bild unten)*. Ein ost-westliches Kompendium – will man diese Differenzierung über zehn Jahre nach der „Wende“ noch machen – satirischer Lagebeurteilungen. Viele „Zeitlose“ sind darunter (die Bilder von Werner Marschall etwa, die eigentlich auch keine Karikaturen sind) und manche doch recht witzige aber auch extrem zeitgebundene (der beinahe schon vergessene Scharping in vielerlei Variationen). Alles in allem bleibt ein wunderschöner, großzügig gestalteter Bildband, von dem wir vieles in den nächsten Monaten sicherlich brauchen und verwenden können *(Aufhör'n. Karikaturen gegen den Krieg. Mit einem Vorwort von Hermann Kant, Hsg.: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., GNN Verlag Schkeuditz, ISBN 3-89819-122-2, Großformat farbig, 202 S., 19,50 EUR.)*

Ernst Antoni

Bundeswehreinsätze drinnen und draußen?

Nachdem ein Verrückter in einem kleinen Flugzeug einige Stunden lang über dem Bankenviertel von Frankfurt/Main seine Runden gedreht und angedroht hatte, sich an einem der Towers zerschellen zu wollen, war es auch für den Bundesverteidigungsminister und seine Stichwortgeber klar: Die Bundeswehr muss endlich auch innerhalb des Landes zuschlagen können. Andere sind da schon viel länger dafür, wie Ulrich Sander bereits vor einigen Monaten eruiert hat:

Bundeswehrminister Peter Struck hat fürs Frühjahr neue Verteidigungspolitische Richtlinien (VPR) angekündigt. Sie sollen den „neuen Entwicklungen der Sicherheitslage und den neuen Herausforderungen an die Bundeswehr angepasst sein", erfuhren wir Ende November. Wenn die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien so ähnlich auf den Weg gebracht werden, wie jene unter Minister Volker Rühe im Herbst 1992, dann dürften die höchsten Militärs und ihre Zirkel, wie etwa die Clausewitz-Gesellschaft unter Generalinspekteur a.D. Klaus Naumann, wieder ein maßgebliches Wort mitreden.

Reaktionärste Vertreter der Militärkaste stimmen sich derzeit ab, um ihre Forderungen zu formulieren und anzumelden. So berichtet in diesen Tagen das Blatt „Die Gebirgstruppe" Nr. 5/02 über eine „richtungsweisende" sicherheitspolitische Tagung des Deutschen Reservistenverbandes und des „Kameradenkreises" der Gebirgstruppe – und damit sind die Veteranen aus Wehrmacht und die Reservisten wie Aktiven aus der Bundeswehr gemeint. Sie forderten unmissverständlich: „Mehr Geld für die Innere und Äußere Sicherheit".

So ähnlich klingt es auch, wenn sich höchste Industriellenkreise treffen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) machte vor der Wahl Druck und forderte „eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um drei Mrd. Euro pro Jahr zur Modernisierung der Bundeswehr". Der BDI-Präsident Michael Rogowski mischte sich persönlich ein: „Es muss deutlich mehr investiert werden." Zwei Mrd. Euro sollten durch Umschichtungen im Verteidigungshaushalt des Bundes zusammenkommen. Eine Milliarde Euro müsse „zusätzlich oben drauf gepackt werden", verlangt Rogowski. Er forderte bei Auftragsvergaben vorrangig deutsche Unternehmen zu berücksichtigen. Die deutsche wehrtechnische Industrie sei „unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Industrie und Rüstungsbasis". Ohne eine starke Rüstungsindustrie werde es „Deutschland schwer haben, seinen Stimme zu erheben, wenn es um internationale Entscheidungen gehe", monierte der BDI-Präsident. Und sein Wille ist der Regierung Gesetz. Ungeachtet Haushaltsdefizit und Sparpaket: Beim Kriegsgerät wird nicht gespart. Allen verwirrenden Medienüberschriften wie „Die Bundeswehr muss drastisch sparen„ (Westfälische Rundschau, 2.12.02) zum Trotz: Es wird nicht etwa aus dem Militärhaushalt in den Sozialhaushalt umgeschichtet, sondern allenfalls einige Rüstungsprogramme werden gestreckt.

Die Militaristen und ihre Verbände legen noch nach. Auch künftig wollen sie, so der Reservistenverband und der Kameradenkreis auf ihrer Tagung in Weilheim, nicht abseits stehen, wenn es um das Wohl und Wehe deutscher Soldaten geht. Gefordert werden immer neue Auslandseinsätze der Truppe und auch Einsätze im Innern. Und das kostet.

„Die Bundeswehr und die Herausforderungen beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus" war das Thema der prominent besetzten Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung, deren Resultate in der „Gebirgstruppe" breit gestreut werden. Neben dem bayerischen Innenminister Günter Beckstein und Kurt Rossmanith, Obmann für Sicherheits- und Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fand sich auch General a.D. Dr. Klaus Reinhardt ein.

Es gelte, sich von den „Zwängen der Sparpolitik" zu befreien, wurde verlangt. Die Herren beriefen sich auf General Harald Kujau, höchster deutscher Vertreter bei der NATO und ehemaliger Generalinspekteur, der gewarnt hatte, daß die eingeleitete Bundeswehrreform ohne deutliche Mittelaufstockung nicht mehr machbar sei. Sein Chef, NATO-Boß und US-General George Robertson, hatte Druck gemacht: Statt 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes müssten 2 Prozent für die „Verteidigung„ ausgegeben werden; das sind weit über 30 Milliarden Euro allein in Deutschland.

General a.D. Klaus Reinhardt erklärte: Es würden „weitreichende Transportmittel, um entfernt liegende Einsatzorte überhaupt erst erreichen zu können", benötigt. Mit Blick auf die neuen Aufgaben – die in neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien zu formulieren wären – stellte Reinhardt die rhetorische Frage, „ob unsere Bundeswehr, die traditionell auf Bündnis- und Landesverteidigung angelegt war, mit ihrer weitgehend überholten technischen Ausrüstung von gestern überhaupt noch in der Lage ist, den Gefahren von heute und morgen angemessen zu begegnen."

Der ehemalige KFOR-Oberbefehlshaber und prominente Gebirgsjäger Reinhardt wies noch auf eine weitere Frage hin, die in den ebenfalls sehr aggressiv formulierten Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 – Rohstoffquellen und Handelswege sollte die Bundeswehr militärisch freikämpfen - noch offen blieb: Warum man denn die Bundeswehr nicht zu Hause einsetzen? Schließlich sei es doch die zentrale Aufgabe der KFOR und anderer internationaler Eingreiftruppen gewesen, für „innere Sicherheit" zu sorgen.

„Die Berufung auf die Geschichte ist nicht mehr zeitgemäß", sagte Günther Beckstein, CSU-Innenminister, dem General zustimmend, zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und attestierte denjenigen „ideologische Scheuklappen", die nicht über das Thema reden wollten. „Es wäre unerträglich, wenn wir unter den zivilisierten Ländern beim Kampf gegen den Terror abseits stehen würden." Wenn ein entführtes Flugzeug im Anflug auf das Münchner Oktoberfest sei, brauche man da nicht die Bundeswehr, fragte Beckstein und verschwieg, daß Bundeswehrflugzeuge für solche Fälle sich ständig in der Luft befinden. Kurz nach dem 11. September 2001 waren CSU-Sprecher noch deutlicher: Bei den Millionenmassen von Muslimen in Deutschland brauche man vermutlich Militär zu ihrer Disziplinierung.

Beim sich anbahnenden US-Krieg gegen den Irak sollen Deutschland und Europa ebenfalls auf jeden Fall ein Wort mitreden, so Beckstein aus dem CSU-Kompetenzteam. Und weiter: „Die Freiheit wurde dadurch gesichert, nicht eingeschränkt," so lobt Beckstein seine und Schilys „Sicherheitspakete". Prof. Dr. Steinkamm, Jurist von der Bundeswehrhochschule und Oberst der Reserve, wünscht sich wie auch Beckstein weitere Gesetze, so ein „Bundeswehraufgabengesetz", ja sogar eine Grundgesetzänderung: Dringend erforderlich sei diese, um es beispielsweise der Bundeswehr zu ermöglichen, die Polizei beim Schutz auch ziviler Objekte „auch im Heimatland" einzusetzen, „eine Aufgabe, welche die deutschen Soldaten derzeit im Ausland mit anerkanntem Erfolg wahrnehmen."

Junge und alte Ultrarechte können derartiges alle zwei Monate im Blatt „Gebirgstruppe" lesen. Es ermahnt seine Leser, nicht „vorbehaltlos einem verordneten und von einer Gedankenpolizei ideologisch gelenkten und kontrollierten Meinungsklischee zu folgen."

Erwünscht ist offenbar die Übernahme auch dieser „Gedankenpolizei" durch die Bundeswehr – im Inneren wie im Äußeren.

Ulrich Sander

Wer zerstörte die Weimarer Republik

Die verdrängte Rolle der Industrie

Es ist auffällig, dass die geschichtspolitische Debatte in unserem Land den 70. Jahrestag der Machtübertragung an den deutschen Faschismus bislang sehr stiefmütterlich behandelt. Die „Schlacht von Stalingrad“ ist dem „Spiegel“ eine Titelstory wert, die Zerstörung der Weimarer Republik bislang keine Zeile. Sollte zu diesem Thema bereits alles gesagt sein? Oder ist es eher so, dass die Beschäftigung mit diesem Thema offene Fragen hinterlässt, die – im Sinne des herrschenden Geschichtsverständnis – problematische Antworten erwarten lassen?

Noch vor zehn Jahren war das Thema im öffentlichen Diskurs präsent. Damals bemühten sich „Der Spiegel“, Focus, FAZ, Guido Knopp im ZDF oder andere selbsternannte Geschichtsinterpreten in Abwicklung der historischen Forschungen der DDR-Geschichtswissenschaftler das westdeutsche Geschichtsbild als Interpretationsmaßstab zu etablieren. Den DDR-Historikern wurde wegen ihrer Betonung der Rolle der gesellschaftlichen Eliten aus Unternehmern, Bankern, Großagrariern und Militaristen Einseitigkeit, Blickverengung und die Unterstützung von „Verschwörungstheorien“ vorgehalten. Dem gegenüber müsse man die Ambivalenz der damaligen Situation betrachten, vor allem dass auch viele „kleine Leute“ aus dem Arbeitermilieu die NSDAP unterstützt hätten, dass die revolutionäre Linke ebenfalls die Weimarer Republik bekämpft habe und dass neben einzelnen großen, zumeist nur wenige mittelständische Unternehmer die NSDAP gefördert hätten.

Zu diesem Thema haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Konferenzen stattgefunden, wurden Forschungsergebnisse präsentiert, die faktisch zu einer Entlastung der Industriellen bzw. Unternehmen beitragen sollen. Eine Art Zwischenbilanz zog dazu eine Tagung Anfang Oktober 2002 an der Universität Mannheim – gefördert durch die Fritz Thyssen-Stiftung – über die „Geschichte der deutschen Industrie im Dritten Reich“. Die ideologische Linienführung war klar: Man untersucht „unternehmerisches Verhalten unter den Bedingungen des Dritten Reiches sowie die Wechselwirkungen zwischen staatlicher Regulierung und unternehmerischer Anpassung“, als wenn es sich hierbei um ein „ganz normales politisches System“ gehandelt habe, unter dem unternehmerisches Handeln angesagt war.

Kriegsproduktion und Einbindung der Industrie in die Ausplünderung und Vernichtungspolitik verschwindet hinter solch nichts sagenden Formulierungen, wie auch im Dritten Reich seien lang- und kurzfristige Gewinnerwartungen und Opportunitätskosten für unternehmerische Investitionsentscheidungen ausschlaggebend gewesen“. Die innenpolitische Entrechtung durch die Zerschlagung der freien Gewerkschaften und die Abschaffung der Betriebsräte und Einführung der „Betriebsführer“ wird zwar als „Systemwechsel“ beschrieben, jedoch sei dies kein durchdachtes Prinzip gewesen. Diese Arbeitsverfassung habe „niemals ihren provisorischen Charakter verloren“. Auf dieser Tagung wurde auch nicht verleugnet, dass die NSDAP und ihre Funktionäre finanzielle Zuwendungen aus Unternehmen erhielten. Dies wurde jedoch als „ein fester Bestandteil der Geschäftspolitik“ zum Aufbau eines „Informationsnetzwerkes“ tituliert. Diese Strategie habe man „in finanziellen Erfolg ummünzen“ können. Angesichts solch apologetischer Formulierungen muss doch noch einmal an einige Fakten erinnert werden: Ohne die massive finanzielle und politische Unterstützung von Großindustrie und Banken, hätte es die Machtübertragung an die NSDAP in dieser Form nicht gegeben. Die Unterstützung der Industrie für die faschistischen Organisationen erlebte bereits im Januar 1932 ihren ersten Höhepunkt, als Adolf Hitler vor fast 500 Industriellen von Rhein und Ruhr seine Rede im Düsseldorfer Industrieclub hielt.



Fotomontage von John Heartfield

Auf Vermittlung von Fritz Thyssen und Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, war Hitler als Referent eingeladen worden und „der Andrang der Klub-Mitglieder zum Hitler-Vortrag übersteigt tatsächlich meine kühnsten Erwartungen“, beschrieb begeistert Karl Haniel, Aufsichtsratsvorsitzender der Gutehoffnungshütte, in einem Brief an Gustav Krupp von Bohlen und Halbach die Resonanz.

Hier waren keine Propaganda-Sprüche von einem „Deutschen Sozialismus“, von einer „Nationalen Revolution“ oder vom Kampf gegen das „raffende Kapital“ angesagt, wichtiger war es, den Vertretern des großen Kapitals die politischen Kernaussagen des praktischen Willens der NSDAP nahe zu bringen. Bedroht werde Deutschland innenpolitisch vor allem durch die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen. „Wir haben den unerbittlichen Entschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten“, propagierte Hitler. Das gemeinsame innere Feindbild verband Redner und Zuhörer: „Heute stehen wir an der Wende des deutschen Schicksals. Nimmt die derzeitige Entwicklung ihren Fortgang, so wird Deutschland eines Tages zwangsläufig im bolschewistischen Chaos landen, wird diese Entwicklung aber abgebrochen, so muss unser Volk in eine Schule eiserner Disziplin genommen ... werden.“ So eingeleitet fanden auch Hitlers außenpolitischen Thesen Zustimmung. Er verband dabei Kapitalinteressen auf Rohstoffsicherung mit seinen rassistischen Vorstellungen, wobei er hier nicht den platten Antisemitismus, sondern die Herrenmenschen-Ideologie ins Zentrum rückte.

Die Unternehmer honorierten diesen Auftritt nicht nur mit Beifall, sondern in den folgenden Monaten mit erheblichen Spendenbeiträgen zur Finanzierung der SA und des Wahlkampfes. Die Liste der Finanziers ist lang. Die Summen wurden – besonders nach den spektakulären Wahlerfolgen im Juli 1932 – höher und höher. Jedoch führten innere Widersprüche zwischen den politischen Eliten und der antifaschistische Widerstand der Arbeiterbewegung im November 1932 zu einem deutlichen Rückgang der Wählerunterstützung für die NSDAP. Dieses Ergebnis erschreckte all jene Kräfte, die die faschistische Bewegung in ihrem politischen Kalkül hatten. Nicht die NSDAP konnte von der Krise profitieren, sondern es fand eine erkennbare politische Linksverschiebung statt. Es begann eine fast schon hektische Betriebsamkeit. Eingaben und politische Erklärungen von Industriellen, Bankiers und Großagrariern

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Weimarer Republik

gingen an Reichspräsident Paul von Hindenburg, das politische Projekt NSDAP nicht scheitern zu lassen. Die bekannteste Eingabe ist sicherlich das Schreiben vom 19.November 1932, das der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, der Konzernführer Fritz Thyssen, August Rosterg von der chemischen Industrie, mehrere Großreeder und Großgrundbesitzer und weitere Vertreter von Industrie und Banken unterzeichnet hatten, in dem gefordert wurde, nun die stärkste politische Kraft, gemeint war damit die NSDAP, an der Regierung zu beteiligen. Innerhalb der NSDAP vollzogen sich in dieser Zeit dramatische Entwicklungen. Bekannt ist die Notiz von Josef Goebbels, dem damaligen Gauleiter von Berlin, von Mitte Dezember 1932, dass die Partei vor dem finanziellen Bankrott stehe. Parallel dazu verloren die Partei und ihre Massenorganisationen in der Arbeiterschaft immer mehr Mitglieder, die sich enttäuscht vom Ausbleiben der versprochenen Erfolge der revolutionären Arbeiterbewegung anschlossen. Um diesen Erosionsprozess einer so „hoffnungsvollen" Bewegung zu stoppen, starteten diejenigen, die schon in den Vorjahren der NSDAP großzügig finanziell unter die Arme gegriffen hatten, nun eine „Rettungsaktion".

In der eidesstattlichen Erklärung des Bankiers Freiherr Kurt von Schroeder, der als Gesprächsvermittler zwischen Hitler, von Papen, Heß, Himmler und Wilhelm Keppler (der Gründer des „Keppler-Kreises", einer Gruppe von Industriellen und Bankiers, die der NSDAP nahe standen) am 4.Januar 1933 auftrat, heißt es: Bevor ich dieses Treffen arrangierte, „besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft und informierte mich allgemein, wie sich die Wirtschaft zu einer Zusammenarbeit der beiden stellte. Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde." Weiter führte er aus: „Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, dass die Nationalsozialisten – einmal an der Macht – eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden." Und nicht allein „das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt".

Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist bekannt. Am 30.Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt mit einem Koalitionskabinett mit zwei weiteren NSDAP-Ministern: Wilhelm Frick als Innenminister und Hermann Göring als Minister ohne Geschäftsbereich. Dennoch war dies die faktische Machtübertragung an den deutschen Faschismus.

Ulrich Schneider

IG FARBEN sofort
AUFLÖSEN!
Opfer sofort entschädigen!
...Kampagne "Nie wieder!"

IG Farben und kein Ende

Draußen vor der Tür der Stadthalle Bergen im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim forderten zum Auftakt der alljährlichen Aktionärsversammlung der „IG Farben in Abwicklung" Gegendemonstranten einen „Schlussstrich unter IG Farben" und „Sofortige Entschädigung der Zwangsarbeiter". Doch auch in diesem Jahr fand die Auflösung der IG Farben nicht statt.

Nach dem Urteil von 1948 für die Kriegsverbrecher der IG Farben müßte die „Mordgesellschaft" seit 1953 aufgelöst sein, also seit inzwischen 50 Jahren. Statt dessen versammeln sich Jahr für Jahr die Aktionäre des Konzern-Abwicklers und handeln weiter mit den „Blutaktien", alljährlich begleitet von Protesten der Gegner und der kritischen Aktionäre: „Es wird hier mit Aktien spekuliert, an denen das Blut der Menschen klebt, die von diesem Konzern ermordet wurden", erklärt Peter Gingold als Sprecher des Auschwitz-Komitees vor dem Saalbau. Bei der Hauptversammlung selbst verlangte eine Gruppe Kritischer Aktionäre Rederecht, um die sofortige Auflösung der IG Farben in Abwicklung zu verlangen – sie wurden von Ordnern aus dem Saal entfernt. Die Forderungen bleiben dennoch bestehen:

- Die IG Farben i.A. muß ihre Geschäfte sofort beenden, der Handel mit diesen „Blut-Aktien" muß unterbunden werden.
- Die verantwortlichen Hintermänner des Hitler-Faschismus aus der Wirtschaft müssen ins Rampenlicht gestellt werden. Die IG Farben-Firmen BASF, Bayer und Hoechst und die noch immer existierende IG Farben i.A. müssen mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Die angemessene Entschädigung aller IG Farben-ZwangsarbeiterInnen und ihrer Hinterbliebenen durch die IG Farben sowie die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.
- Die IG Farben und die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG Farben betreffenden Gedenkstätten Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG Farben und die Nachfolger müssen endlich freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG Farben-Verantwortliche müssen eingestellt werden.



Am 22. Februar 1933 brennt in Berlin der Reichstag (Foto: Archiv). Am Tag danach erlässt Reichspräsident Hindenburg die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat", mit der die Grundrechte der Weimarer Verfassung aufgehoben werden. Der Faschismus an der Macht sieht sich damit keinerlei Reglementierungen mehr ausgesetzt. Der „Reichstagsbrand-Prozess" gegen angebliche kommunistische Täter wurde für die NS-Herrschaft zum ersten Debakel in der internationalen Öffentlichkeit. Bis heute allerdings halten sich wirre Theorien über den „Einzeltäter" Marinus van der Lubbe, die von der Funktionalität für die und der weitgehend erwiesenen Täterschaft der nationalsozialistischen neuen Machthaber ablenken sollen.

Faschismus – das ist die Vernichtung von Rechten der Arbeiterbewegung

Für Antifaschisten und Gewerkschafter war es nach der Befreiung von Faschismus und Krieg unstrittig, dass Gewerkschaften als Einheitsorganisationen der arbeitenden Menschen eine klare antifaschistisch-demokratische Grundhaltung haben sollten. Dies wurde bei der Neugründung des DGB beschlossen und bis heute in zahlreichen Grundsatzbeschlüssen der DGB-Gewerkschaften bestätigt.

Daher ist die Feindschaft neofaschistischer Kräfte gegen die Gewerkschaften verständlich. Ob unter dem Schlagwort der "Überwindung des Klassenkampfes", der demagogisch behaupteten "Verschleuderung von Arbeitergroschen" oder als Reaktion auf antifaschistische Aktionen von Gewerkschaftern – Neonazis jeder Couleur sehen in Gewerkschaften einen ihrer Hauptfeinde.

Aber nicht nur offen faschistische Kräfte bekämpfen die Gewerkschaften. Immer wieder sind von Unternehmerlobbyisten und reaktionären Kräften Forderungen nach Einschränkung des gewerkschaftlichen Handelns zu hören.
Man kritisiert "maßlose Forderungen" der Gewerkschaften, sorgt aber dafür, dass Reiche noch reicher werden. Man kritisiert die "Starrheit des Tarifsystems", will stattdessen Billiglöhne und Aufhebung von Kündigungsschutz. Man kritisiert die gesellschaftspolitischen Vorschlägen der Gewerkschaften in der Bildungs- und Sozialpolitik als "unzulässige Einflussnahme", statt dessen will man neoliberale Deregulierung zu Lasten der sozial Schwächeren.
Dies zeigt, wie wichtig gerade heute starke Gewerkschaften für die Sicherung und Weiterentwicklung sozialer und demokratischer Rechte und Errungenschaften sind.

Wir rufen in Erinnerung an den 2. Mai 1933 alle antifaschistischen Kräfte auf:

- **Unterstützt das engagierte Handeln der Gewerkschaften!**
- **Helft mit, Angriffe auf die Gewerkschaften und ihre Rechte zurückzuweisen!**
- **Sorgt in gewerkschaftlichen und betrieblichen Debatten dafür, dass die antifaschistischen Orientierungen der Gewerkschaften bekannter werden!**
- **Tragt als aktive Mitglieder der DGB-Gewerkschaften dazu bei, dass die Gewerkschaften in der Verteidigung von Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt ihren Beitrag leisten können!**



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

VVN-BdA

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030 - 2978-4174
Fax 030 - 2978-4179, e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de
Internet: www.vvn-bda.de

Was damals geschah

Am 2. Mai 1933 wurden auf Anordnung der faschistischen Führung im ganzen Deutschen Reich die Büros der freien Gewerkschaften durch SA und Polizei besetzt. Das war der letzte Schritt zur Zerschlagung und Illegalisierung der Gewerkschaftsbewegung durch den Faschismus an der Macht. Schon vorher gab es Übergriffe, wie z.B. die Zerstörung des Kasseler Gewerkschaftshauses am 6.März 1933. Gewerkschaften galten den Nazis als zu bekämpfende Feinde. Dies hatte Hitler bei seinen Auftritten vor dem Düsseldorfer Industrieklub und allen anderen Gesprächen mit Unternehmern und Bankiers deutlich gemacht. Dafür wurde die NSDAP massiv finanziell und politisch unterstützt.

Trotz aller Anpassungspolitik, die die Führung der freien Gewerkschaften in den ersten Wochen des Jahres 1933 gegenüber den Forderungen der NS-Regierung an den Tag legte, kam die Duldung der Gewerkschaften niemals in Betracht. Die Einrichtung der "Deutschen Arbeitsfront" als Zwangsinstitution, bei der der Unternehmer "Betriebsführer" und die Beschäftigten "Gefolgsleute" waren, machte das endgültig deutlich.

Selbst die Bereitschaft gemeinsam mit den neuen Machthabern den 1.Mai 1933 als "Tag der nationalen Arbeit" zu begehen und damit auf einen offenen Widerstand gegen die faschistische Terrorpolitik zu verzichten, wurde nicht honoriert. Mit aller Brutalität gingen SA und Polizei am nächsten Tag gegen die Gewerkschaftshäuser vor, aktive Funktionäre wurden verhaftet und – wie auch die Morde an vier Duisburger Gewerkschaftern zeigen – viele von ihnen mit dem Leben bedroht.

ViSdP: Dr. Ulrich Schneider, c/o VVN-BdA, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, EIS

Demonstrationsfreiheit für Faschisten?

Juristische Schützenhilfe für braune Aufzüge – und eine demokratische Gegenposition

Immer wieder gibt es entsprechende Gerichtsurteile: Nazis dürfen in Städten und Gemeinden aufmarschieren, weil dies wegen der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit geboten sei. Wir kennen das, wenn wir uns angesichts eines drohenden Naziaufmarsches an die zuständigen Gremien wenden und ein Verbot fordern. Wir würden ja gerne, aber wir können halt nicht, ist meist die Antwort. Bestenfalls. sagen dann Wohlwollende, könnten wir es über die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hinkriegen. Da meldet ihr Antifas halt eine Gegendemo an – und dann verbieten wir beides.

Nehmen wir den aktuellsten Fall (da war wohl auch kein „Wohlwollender" dabei): Das Verwaltungsgericht Ansbach hat vor wenigen Wochen einer Klage der NPD gegen eine Verordnung der Polizei stattgegeben, die einen Naziaufmarsch in Nürnberg aufgelöst hatte, nachdem sich diesem mehrere Tausend Demonstranten entgegengestellt hatten. „Nach Auffassung des Gerichts", zitiert die „Süddeutsche Zeitung", „hätten die Beamten den Weg für die NPD-Marschierer mit Gewalt frei machen müssen, da der Umzug angemeldet war. Unverhüllt machte die Kammer den Einsatzleitern den Vorwurf, sie hätten wegen der vielen prominenten Gegendemonstranten, unter ihnen der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde, Arno S. Hamburger, der NPD das Demonstrationsrecht zu Unrecht verwehrt."

Das Bundesverfassungsgericht hat mit einer Kammer-Entscheidung im vergangenen Jahr einige Türen für die Nazis aufgemacht. Und gerne werden diese nun in München, Leipzig, Ansbach und anderswo von Gerichten offen gehalten.

Der Artikel 139 unseres Grundgesetzes, auf den wir als VVN-BdA nach wie vor pochen, spielt in diesen Auseinandersetzungen kaum ein Rolle. Weil er ja angeblich obsolet (also durch stattgefundene „Entnazifizierungen" längst erledigt) sei, so die herrschende Rechtsmeinung. Wir sollten an diesem vor der internationalen Öffentlichkeit gerne von diversen Bundesregierungen ins Spiel gebrachten Artikel 139 weiterhin festhalten – und gleichzeitig unser Augenmerk richten auf weitere Rechtsinterpretationen, die den Faschisten etwas entgegensetzen wollen. In diesem Sinne seien hier in Auszügen die nach wie vor aktuellen Argumente dokumentiert, die Michael Bertrams, Präsident des Verfassungsgerichts und des Obergerichts für Nordrhein-Westfalen, vor einigen Monaten in der „Frankfurter Rundschau" dem Bundesverfassungsrichter Hoffmann-Riem entgegensetzte. **E.A.**

Die Ausführungen von Hoffmann-Riem können nicht unwidersprochen bleiben. Sie geben den Stand der Diskussion zum öffentlichen Auftreten von Neonazis unzutreffend wieder und sind in zentralen rechtlichen Punkten unvollständig; stellenweise sind sie unseriös; sie setzen sich jedenfalls nicht ernsthaft mit den in Rechtsprechung und Literatur entwickelten Gegenargumenten auseinander.

Hoffmann-Riem behauptet, infolge einer „Intervention" des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hätten die Behörden und Gerichte ihre Praxis, Neonazi-Demonstrationen zu verbieten, umgestellt; sie orientierten sich nunmehr an den vom BVerfG konkretisierten Grundsätzen, denen zufolge auch Neonazis grundsätzlich das Recht zustehe, öffentlich zu demonstrieren. Diese Behauptung trifft so nicht zu. Richtig ist vielmehr, dass insbesondere das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW), das größte OVG der Bundesrepublik Deutschland, den von Hoffmann-Riem angesprochenen Grundsätzen des BVerfG nachdrücklich entgegentritt. Das OVG NRW ist daran nicht gehindert, weil es sich - entgegen der von Hoffmann-Riem suggerierten Annahme - nicht um allgemein verbindliche Grundsätze des BVerfG handelt, sondern lediglich um die Rechtsprechung der - mit Hoffmann-Riem und zwei weiteren Richtern besetzten - 1. Kammer des 1. Senats des BVerfG (im Folgenden: 1. Kammer). Diese Rechtsprechung entfaltet gegenüber Behörden und Gerichten - im Unterschied zu Entscheidungen des achtköpfigen Senats - über den Einzelfall hinaus keine Bindungswirkung.

Mit seiner kontroversen Rechtsauffassung steht das OVG NRW im Übrigen nicht allein. Sie wird vielmehr von namhaften Verfassungsrechtlern geteilt. Selbst zurückhaltende Stimmen finden positive Worte für den Standpunkt des OVG NRW. So hat der ehemalige Präsident des BVerfG Ernst Benda der 1. Kammer ins Stammbuch geschrieben, die Argumente des OVG NRW seien „eindrucksvoll"; zugleich hat Benda kritisiert, dass trotz der erheblichen Bedeutung des Themas bislang lediglich die Kammer und nicht der Senat entschieden hat.

Den Boden der Seriosität verlässt Hoffmann-Riem, wenn er den „Rechtsanwendern in Behörden und Gerichten", die nicht seiner Meinung sind, unterstellt, sie fühlten sich zu ihrer Haltung offenbar durch Politiker, Medien und andere Teilnehmer an der öffentlichen Diskussion ermuntert; „vermutlich" seien sie „fest davon überzeugt, sich für eine gute Sache einzusetzen". Mit derart unsachlichen Spekulationen erweckt Hoffmann-Riem bei den Lesern seines Beitrags den Eindruck, als handele es sich bei den genannten „Rechtsanwendern" zwar um gutmeinende Menschen, letztlich jedoch um politisch eingefärbte, von gesellschaftlichen Kräften fehlgeleitete Ignoranten, die nicht wüssten, was in der Verfassung steht. Derartige Argumentationsmuster disqualifizieren sich selbst. Hoffmann-Riem reduziert das Neonazi-Problem auf die Frage nach dem Umgang mit politisch missliebigen Minderheiten. Er verschweigt jedoch, dass es sich bei den Anschauungen von Neonazis nicht lediglich um politisch missliebige Meinungen handelt, sondern um Anschauungen, denen das Grundgesetz eine entschiedene Absage erteilt hat. Die daran anknüpfenden Ausführungen in der verfassungsrechtlichen Literatur und in der Rechtsprechung des OVG NRW erwähnt Hoffmann-Riem mit keinem Wort. Ich stelle sie deshalb im Folgenden kurz vor. Nach der Rechtsprechung des OVG NRW, an der der Verfas-



AZ-Zeichnung: Klaus Espermüller

ser dieser Zeilen als Vorsitzender des für das Versammlungsrecht zuständigen 5. Senats beteiligt ist, stellt sich die Sach- und Rechtslage wie folgt dar: Mit Blick auf das öffentliche Auftreten von Neonazis ist bei der Auslegung und Anwendung der einschlägigen Normen des Grundgesetzes zu berücksichtigen, dass das Grundgesetz in weiten Teilen - insbesondere in seiner Präambel, in der Konzeption des Grundrechtsteils und in der Ausformung des Gedankens der wehrhaften Demokratie - als eine Antwort auf die Beseitigung der Weimarer Demokratie durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft zu verstehen ist.

Das Grundgesetz ist m.a.W. der Gegenentwurf zur Barbarei der Nazis. Von zentraler Bedeutung ist dabei neben der grundgesetzlich konstituierten Friedenspflicht (Art. 1 Abs. 2, 24 Abs. 2 und 26 Abs. 1 GG) der die gesamte Rechtsordnung prägende Aspekt der Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG). Angesichts dieser Verfassungswerte gewinnt die Tatsache, dass vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte durch das öffentliche Auftreten von Neonazis und das Verbreiten entsprechenden Gedankenguts grundlegende soziale und ethische Anschauungen einer Vielzahl von Menschen - zumal der in Deutschland lebenden ausländischen und jüdischen Mitbürger - in erheblicher Weise verletzt werden, besonderes Gewicht.

Soweit es beim Problem der Demonstrationsfreiheit für Neonazis um das Grundrecht der Meinungsfreiheit (Art. 5 GG) geht, schützt dieses zwar auch und gerade die „politisch missliebige Meinung“. Bei dem Gedankengut von Neonazis geht es aber nicht um irgendeine „politisch missliebige Meinung“, sondern um Anschauungen, denen das Grundgesetz mit seinem historischen Gedächtnis eine klare Absage erteilt hat. Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit als Kernpunkte neonazistischer Ideologie sind nicht irgendwelche unliebsamen, politisch unerwünschten Anschauungen, sondern solche, die mit grundgesetzlichen Wertvorstellungen schlechterdings unvereinbar sind. Der Ausschluss gerade dieses Gedankenguts aus dem demokratischen Willensbildungsprozess ist ein aus der historisch bedingten Werteordnung des Grundgesetzes ableitbarer Verfassungsbelang, der es rechtfertigt, die Freiheit der Meinungsäußerung, bezogen und beschränkt auf dieses Gedankengut, inhaltlich zu begrenzen.

Das historische Gedächtnis der Verfassung wird m.a.W. übergangen, wenn man das öffentliche Eintreten für nationalsozialistisches Gedankengut als politisch unerwünscht und missliebig bagatellisiert und wie jede andere Meinungsäußerung als Ausübung eines für die Demokratie konstituierenden Freiheitsrechts einstuft. Eine besonders gravierende Ungereimtheit liegt darin, dass die 1. Kammer ihren eigenen Grundsätzen zuwider das öffentliche Auftreten von Neonazis am Holocaust-Gedenktag unterbindet. Dabei begnügt sich die 1. Kammer mit dem lapidaren Hinweis, es leuchte unmittelbar ein und sei auch verfassungsrechtlich tragfähig, wenn die Versammlungsbehörde der Durchführung eines Aufzugs durch Personen aus dem Umfeld der rechtsextremen Kameradschaften an diesem Gedenktag eine Provokationswirkung zumesse und dies als Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bürger bewerte. Das heißt: die 1. Kammer nimmt die rechtsextremistischen Kameradschaften als Neonazis wahr, stellt im Widerspruch zu ihrer sonstigen Rechtsprechung auf deren demonstrativ propagierte neonazistische Ideologie ab und bewertet diese Ideologie als eine versammlungsrechtlich abzuwehrende Gefahr für die öffentliche Ordnung. Damit gibt die 1. Kammer die von Behörden und Gerichten geforderte „Meinungsneutralität“ des Ver-sammlungsrechts kurzerhand auf.

Angesichts dieses Befundes drängt sich im Übrigen die Frage auf, warum der zielgerichtete Zugriff auf die neonazistische Ideologie nur am Holocaust-Gedenktag gelten soll. Warum besteht nur an diesem Tag die unmittelbar einleuchtende Gefahr einer erheblichen Beeinträchtigung des sittlichen Empfindens der Bürgerinnen und Bür-ger? Inwiefern lässt sich nicht auch außerhalb dieses Gedenktages eine verfassungsrechtlich beachtliche Kollision mit der öffentlichen Ordnung bejahen? Ist es - anders gefragt - vertretbar, am Holocaust-Gedenktag die öffentliche Präsenz von Neonazis als eine für die Empfindungen der Bürgerinnen und Bürger unzumutbare Provokation zu bewerten, an den verbleibenden Tagen des Jahres dem Auftreten eben jener Neonazis und den damit verbundenen Verletzungen der sozialen und ethischen Anschauungen hingegen die rechtliche Relevanz abzusprechen?

Dies ist weder nachvollziehbar noch vertretbar. Es handelt sich um eine willkürliche Setzung ohne verfassungsrechtliche Fundierung. Das auf einen singulären - im öffentlichen Bewusstsein kaum verankerten - Gedenktag bezogene Merkmal der „spezifischen Provokationswirkung“ lässt überdies unberücksichtigt, dass das öffentliche Auftreten von Neonazis zumindest für die in Deutschland lebenden ausländischen und jüdischen Mitbürger an jedem Tag des Jahres eine „spezifische“ Provokationswirkung entfaltet, wird doch gerade diesen Mitbürgern - auch ohne Worte - vor Augen geführt, in Deutschland nicht willkommen zu sein. Der von Hoffmann-Riem vertretenen Rechtsprechung der 1. Kammer mangelt es an einer zeitgerechten Konkretisierung des Begriffs der „wehrhaften Demokratie“. Bei der Erörterung dieses Begriffs bleiben jedenfalls wichtige Aspekte der Verfassungswirklichkeit im wiedervereinten Deutschland unberücksichtigt. Zu dieser Wirklichkeit gehört ein - mit Blick auf den Holocaust nicht für möglich gehaltenes - Wiederaufleben rechtsextremistischer Bestrebungen und Tendenzen in den alten und neuen Bundesländern. Die u.a. in Art. 21 Abs. 2 GG (Verbot verfassungswidriger Parteien) getroffenen Vorkehrungen der Gefahrenabwehr sind zwar - wie Hoffmann-Riem zu Recht betont - Ausdruck einer wehrhaften und streitbaren Demokratie. Diese Vorkehrungen sind jedoch weder geeignet noch dazu bestimmt, das öffentliche Auftreten von Neonazis und die damit verbundenen Verletzungen grundlegender sozialer und ethischer Anschauungen einer Vielzahl von Menschen zu verhindern.

Insoweit einschlägig ist vielmehr die spezielle Regelung des Art. 8 Abs. 2 GG, in welcher der Verfassungsgeber den einfachen Gesetzgeber ausdrücklich ermächtigt hat, die Versammlungsfreiheit zu beschränken. Dies ist in § 15 VersG geschehen. Die dort für den Fall einer unmittelbaren Gefährdung der öffentliche Ordnung getroffene Verbotsregelung ist ebenfalls Ausdruck einer wehrhaften Demokratie. Diesen Aspekt gilt es in einer Weise zu aktualisieren, die der Verfassungswirklichkeit Rechnung trägt. Als dem maßgeblichen Hüter der Verfassung obliegt dem BVerfG insoweit eine besondere Verantwortung.

Hoffmann-Riem ignoriert letztlich die Renaissance des Rechtsextremismus im wiedervereinten Deutschland. Dieses Phänomen wird jedenfalls verharmlost und bagatellisiert, wenn er Neonazis unkommentiert dem Kreis beliebiger „Minderheiten“ zuordnet und deren Programmatik undifferenziert in eine Reihe stellt mit anderen am Prozess der demokratischen Willensbildung teilnehmenden politisch unerwünschten, missliebigen Meinungen.

Für den demokratischen Willensbildungsprozess sind die vom Grundgesetz geächteten Anschauungen von Neonazis ohne Bedeutung. Speziell diesen Anschauungen hat das Grundgesetz mit seinem historischen Gedächtnis eine klare Absage erteilt. Mit anderen Worten: Die Freiheit des Andersdenkenden ist ein hohes Gut. Diese Freiheit muss in der wehrhaften Demokratie des Grundgesetzes aber dort ihre Grenze finden, wo der Versuch unternommen wird, das menschenverachtende Gedankengut des Dritten Reiches wiederzubeleben. Handelt es sich bei der Demonstrationsfreiheit um die „Luftröhre der Demokratie“, dann gehen - um im Bild zu bleiben - Neonazis der Demokratie an die Gurgel. Eine wehrhafte Demokratie muss dem entgegentreten und dafür sorgen, dass ihr nicht irgendwann von geschichtsblinden Barbaren die Luft zum Atmen genommen wird.

Europäische Verfassung

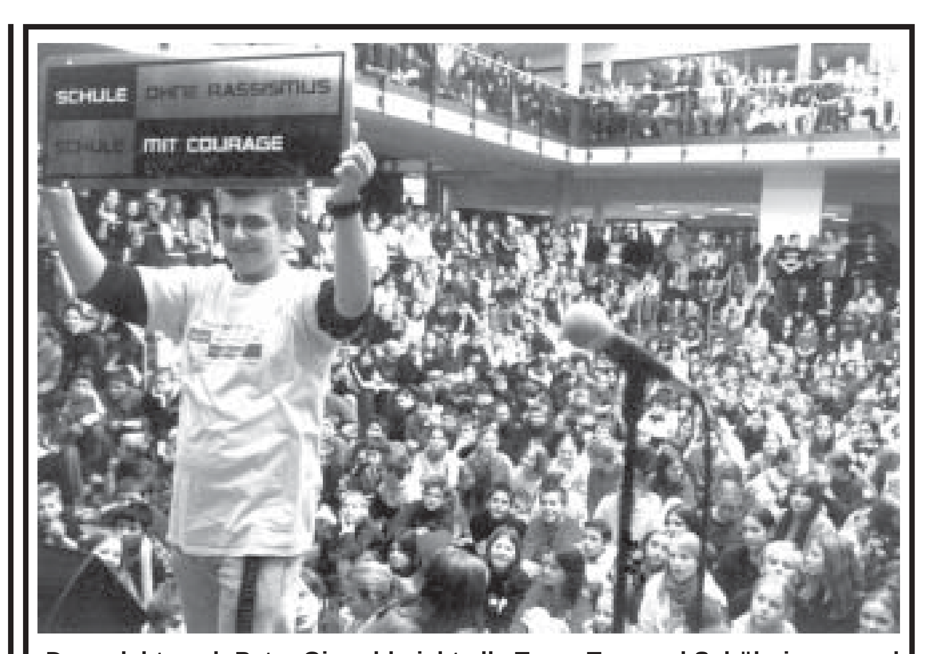
Noch in diesem Jahr, im 58. Jahr nach der Befreiung Europas von Krieg und Nazi-Faschismus, wird in der Europäischen Union über die Schaffung einer europäischen Verfassung entschieden. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der VVN-BdA sind zur Teilnahme an dieser Diskussion herausgefordert. Darauf haben wir uns in einem Beschluss des ersten gemeinsamen VVN-BdA-Kongresses im Oktober in Berlin geeinigt. Die Gründungsgeneration der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN gehörte zu jenen Männern und Frauen der ersten Stunde, die nach dem 8. Mai 1945 einen antifaschistischen Konsens schufen, der in den Jahren der Schaffung von Grundgesetz und Länderverfassungen seine Wirkungen auf die damalige Verfassungsdiskussion nicht verfehlte.

Die VVN-BdA unterstützt die demokratischen und sozialen Verbände, die - wie die Gewerkschaften - in der bisherigen Diskussion die Verankerung der Grund- und Menschenrechte, auch der sozialen Grundrechte, in der EU-Verfassung verlangen. Vor allem die Forderung der europäischen Friedensbewegungen, das Verbot des Angriffskrieges und das Friedensgebot für die EU in die Verfassung aufzunehmen, wird von uns befürwortet.

Mit großer Sorgen sehen wir jedoch, dass die Vertreter im Konvent zur Schaffung der Verfassung sich - in Verfälschung des antifaschistischen und antimilitaristischen Lehren der europäischen Geschichte - mehr mit dem Ausbau der EU zu einer Militärmacht als mit der Schaffung eines Europas des Friedens und der Sicherheit mit politischen Mitteln befassen. Schon vor drei Jahren forderte eine Bundeskonferenz der VVN-BdA: Es geht darum, die demokratischen, sozialen, den Lehren aus Krieg und Faschismus entsprechenden Positionen aus der Verfassungsdiskussion in Deutschland in europäischem Maßstab zu berücksichtigen. Vor allem die Aussagen aus dem Grundgesetz gegen Krieg und Faschismus sollten besonders die deutschen Teilnehmer an diesem Diskurs der EU in die Debatte einbringen:

- Das Asylrecht in der ursprünglichen Formulierung des Grundgesetzes.
- Artikel 14/15 GG zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums.
- Die Friedenspflicht nach Artikel 25 (Völkerrecht unmittelbar anwenden) und 26 GG (Verbot des Angriffskrieges)
- Artikel 139 (Verbot von Nationalsozialismus und Militarismus.)

Verankern wir antifaschistische und demokratische wie auch friedenspolitische Postulate deutscher Verfassungen in dem EU-Verfassungsdokument-Charta. Antifaschistinnen und Antifaschisten sind zur Diskussion und zum Engagement aufgerufen. **U.S.**



Das erlebt auch Peter Gingold nicht alle Tage: Tausend Schülerinnen und Schüler der Ingelheimer integrierten Gesamtschule jubeln ihm zu, stehende Ovation für seine mitreißende Ansprache. Anlass der großen Feier in der Aula: Die Verleihung der Auszeichnung „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", erarbeitet in zwei Jahren, Peter Gingold war dazu bereits mehrfach eingeladen worden. Und nun der Höhepunkt. Gingold redet über Widerstand damals und Neonazis heute, er verurteilt Rassismus und Antisemitismus, ruft die tausend Schülerinnen und Schüler auf zur Courage. Am Ende stehende Ovationen. Tausend Schüler hören nicht auf zu klatschen. Im Südwestfernsehen resümiert der Moderator:" Für die tausend SchülerInnen ist ein antifaschistischer Widerstandskämpfer zum Star geworden".

„Zufrieden sind wir nicht"

In Bayern entsteht eine KZ-Gedenkstätten-Stiftung

Zufrieden sind wir nicht", sagt Max Mannheimer, Überlebender der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau in der Bundesrepublik und deutscher Vertreter im Comité International de Dachau (CID). „Aber unter den gegebenen Umständen haben wir nun doch einiges erreicht."

In Kürze wird der Bayerische Landtag ein „Gesetz für eine Stiftung Bayerischer Gedenkstätten" verabschieden, mit dem die KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg in die Obhut einer Stiftung gegeben werden sollen. Bisher waren sie dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus unterstellt. Der erste Entwurf zum geplanten Gesetz hatte Anfang des Jahres 2002 auf recht verschlungenen Wegen die Öffentlichkeit erreicht. Er rief prompt massiven Protest der Lagergemeinschaft Dachau und anderer Organisationen ehemaliger NS-Verfolgter und in der Gedenkstättenarbeit Engagierter hervor.

Das staatliche Konstrukt sah im wichtigsten Entscheidungsgremium der künftigen Stiftung, dem Stiftungsrat, die Gefangenen der Nazi-KZs auf bayerischem Boden und deren Organisationen überhaupt nicht vor. Die Gedenkstättenleiter waren in dem Modell nicht berücksichtigt und die Auswahl relevanter gesellschaftlicher Gruppierungen, die im Stiftungsrat und dem ihm zugeordneten Kuratorium Sitz und Stimme haben sollten, war – wohlwollend ausgedrückt – recht willkürlich.

Die Proteste der Lagergemeinschaft Dachau, der VVN-BdA, der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS) und einer Reihe weiterer Vereine und Initiativen zeigten nun doch Wirkung. Nach einer Sachverständigen-Anhörung im Herbst (zu der von der Staatsregierung recht selektiv eingeladen wurde) liegt jetzt ein Satzungsentwurf für die Stiftung vor, der zumindest eine angemessene Repräsentanz der Organisationen der KZ-Überlebenden im Stiftungsrat gewährleistet: Sitz und Stimme sollen dort je ein Vertreter dieser Verbände für das KZ Dachau, für dessen Außenlager (in denen vor allem jüdische Gefangene in den letzten Kriegsjahren der Vernichtung durch Arbeit, dem Hunger und den unmenschlichen hygienischen Bedingungen zum Opfer fielen) und für das KZ-Flossenbürg haben. Nicht berücksichtigt wurde die Forderung der Lagergemeinschaft und der VVN-BdA, neben den großen Religionsgemeinschaften, die vom ersten Entwurf an viel Gewicht eingeräumt bekamen, die Gewerkschaften im Stiftungsrat adäquat zu berücksichtigen. Sie sollen nun im Kuratorium vertreten sein, für das auch die VVN-BdA Anspruch auf einen Sitz angemeldet hat.

Ernst Antoni

Abschied ohne Wiederkehr

Die Verfolgung der Sinti und Roma

Am 8.November fand in Offenburg die Veranstaltung „Weggekommen....Abschied Ohne Wiederkehr“ Verfolgung von Sinti und Roma im 3.Reich“ statt, zu der die VVN-BdA Ortenau und der DGB-Südbaden-Hochrhein anlässlich des Jahrestages des Reichspogroms eingeladen hatten. Referent war Daniel Strauß, Landesvorsitzender der Sinti und Roma Baden-Württemberg, eröffnet wurde die Ausstellung „Weggekommen…Abschied ohne Wiederkehr“.

Nach einer Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden der VVN-BdA Ortenau, Claus Redondo, und der DGB-Sekretärin für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Dr. Kathrin Distler, begann Daniel Strauß seinen Vortrag mit der Vorgeschichte der Sinti und Roma die noch bis vor 20 Jahren offiziell herablassend als „Zigeuner“ bezeichnet wurden. Der Name „Sinti“ läßt sich auf die indische Region Sindh zurückführen, der Name „Roma“ bedeutet „Mensch. Sie wurden in Folge der Fremdherrschaft durch Araber, Türken und Afghanen aus Indien nach Westen verschleppt oder vertrieben.

Daniel Strauß erläuterte, dass im 15. Jahrhundert Sinti und Roma erstmals in Mitteleuropa und Deutschland auftauchten, jedoch bis heute als Fremde angesehen werden. Sinti und Roma war es verboten, Gebäude zu erwerben, Städte zu betreten und Berufe auszuüben.

Auch das Recht auf Bildung wurde ihnen vorenthalten. Eine Epoche der Verfolgung und Bedrohung, welche die Lebenssituation und Kultur nachhaltig prägte. Ende des 18. Jahrhunderts begann die Zwangsansiedlung und Zwangserziehung der Sinti und Roma. Oft war es ihnen nur möglich, Handelsberufe auszuüben.
Im Jahre 1935 wurden die „Nürnberger Rassengesetze“ auf Sinti und Roma angewandt, sie wurden in der gesetzlichen Verfolgung mit den jüdischen Bürgerinnen gleichgestellt. Die Verfolgung war für die Nazis sehr einfach, da Sinti und Roma leicht zu fassen waren, denn sie besaßen oft keinen festen Wohnsitz. Noch vor den großen Deportationen jüdischer BürgerInnen begannen im Mai 1940 die Deportationen tausender Sinti und Roma. Ganze Familien wurden verschleppt - der Beginn der systematischen Deportation in die Vernichtung. Der sogenannte „Himmler-Erlass“ im Dezember 1942 bedeutete den endgültigen Befehl zum Völkermord, dies hatte den Tod von über 500 000 Sinti und Roma zur Folge. Über 90 Proznt der deutschen Sinti und Roma wurden ermordet.

Die Nachkriegsgeschichte der Sinti und Roma war geprägt von der Ausgrenzung, der Verleugnung des Völkermordes und der Verweigerung von Wiedergutmachung und Entschädigung. 1965 stellten Sinti und Roma erstmals einen Antrag auf Entschädigung, was sich als sehr schwierig erwies. Daniel Strauß betonte, dass nur durch die Hilfe von Organisationen wie der VVN Entschädigungen in einzelnen Fällen möglich waren. Der Bundesgerichtshof lehnte einmal Entschädigungsbegehren mit der Begründung ab, dass „Zigeuner“ „primitive Urmenschen“ seien, welche zu Betrug neigten. Bis 1975 wurde vielen Sinti und Roma die Schulbildung verwehrt. Im folgenden ging die Ausgrenzung in Deutschland in Form einer „Ghettoisierung“, in Städten wie Ravensburg oder Mannheim etwa, weiter.

Paul Bauer



Bei der Veranstaltung der VVN-BdA Ortenau (v.l.n.r.): Claus Redondo, Daniel Strauß, Kathrin Distler.



Bundesverdienstkreuz für Alfred Hausser

Am 11. November 2002 überreichte im Großen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses Oberbürgermeister Wolfgang Schuster unserem Kameraden Alfred Hausser, dem Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA das Bundesverdienstkreuz. Der OB würdigte ausdrücklich Alfreds „Leistungen für die Demokratie und sein Engagement in der Aufklärungsarbeit über das NS-Regime“sein Wirken in der VVN-BdA und seinen Einsatz für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

In einem Schreiben an Bundespräsident Johannes Rau dankte Alfred Hausser für die Auszeichnung und merkte kritisch an: „In meiner Dankesrede habe ich darauf verwiesen, dass ich meine ganze Arbeit, die hier gewürdigt wurde, niemals allein leisten konnte, sondern dass meine Organisation – die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) – und deren aktive Mitglieder dazu entscheidend beigetragen haben. Mit der mir verliehenen Auszeichnung wurde so auch ihr Wirken anerkannt und gewürdigt. (...) Um so mehr bedrückt mich der Widerspruch zwischen der Ehrung und Anerkennung unserer Leistungen für die demokratische Gesellschaft einerseits und andererseits die Tatsache, dass meine Organisation, die VVN-BdA, noch immer in Verfassungsschutzberichten als verfassungsfeindlich verdächtigt wird.

Ich wünsche mir sehr, dass die Ehrung meiner Person und Arbeit, die nicht von der VVN-BdA zu trennen sind, dazu beitragen möge, dass die Diskriminierung meiner Organisation und deren aktiven Mitglieder endlich beendet wird. Mit meinem Dank für die Auszeichnung verbinde ich sehr nachdrücklich diesen Wunsch.“

Mit der Reichsbahn in den Tod

Neue Daueraustellung im Nürnberger Bahnmuseum

„Mit der Reichsbahn in den Tod“ war der Titel eines Buches von Heiner Lichtenstein, mit dem dieser 1985 die Rolle der Bahn bei der Abwicklung des Holocaust beleuchtete. Die Deutsche Bundesbahn wollte damals noch nichts von ihrer Vergangenheit wissen, nicht dazu stehen.

Beim gleichzeitig stattgefundenen Jubiläum 150 Jahre Deutsche Eisenbahn wurde das Thema ausgeklammert. Jetzt hat auch bei der Deutschen Bahn AG ein Wandel stattgefunden. Im Nürnberger DB Museum (früher Verkehrsmuseum) wurde ein neuer Abschnitt der Dauerausstellung überarbeitet eröffnet, der sich mit der Rolle der Reichsbahn „im Dienst von Demokratie und Diktatur“ mit der Zeit von 1920 bis 1945 befasst und dabei kein Blatt vor den Mund nimmt.

In dem neuen Ausstellungsteil geht es um die Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die wohl ereignisreichste Zeit der deutschen Bahngeschichte: „Glanz und Elend, Licht und Schatten, Leistungen und Verfehlungen wechselten sich in rascher Folge ab. Nur wenige Jahre trennen zukunftsweisende Entwicklungen wie die Reichsbahngründung in den zwanziger Jahren und die Entwicklung der „Fliegenden Züge“ um 1930 von Krieg und Holocaust, die ohne die logistische Leistung der Bahn in ihrer völkermordenden Dimension nicht hätten durchgeführt werden können,“ heißt es in der Darstellung des Museums

War bisher die Rolle der Reichsbahn im Nationalsozialismus in den Ausstellungen des Museums nur am Rande dargestellt, so wurde jetzt ein eigener Raum neu eingerichtet. Gezeigt wird, wie sich die Reichsbahn personell und organisatorisch den Zwecken des Nationalsozialismus unterordnete.

Bisher unveröffentlichte Fotos, Originaldokumente und -objekte dokumentieren den Weg der Reichsbahn von der Gleichschaltung bis zu ihrer Beteiligung am Angriffskrieg, dem planmäßig organisierten Völkermord und der Zwangsarbeit. Hier ein Auszug aus der Selbstdarstellung des DB-Museums zu diesem Thema: „Die nationalsozialistischen Machthaber betreiben seit der Übernahme der Regierungsgewalt am 30.Januar 1933 systematisch eine allumfassende ideologisch-politische Einordnung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen in ihr Herrschaftssystem.

Die Gleichschaltung „unter dem Hakenkreuz“ verschont auch die Reichsbahn nicht: Sie wird zum Propagandainstrument und als Verkehrsträger zum organisatorischen Mittel für parteipolitische Massenveranstaltungen (1933 - 1939).

In den Dienstanweisungen wird angeordnet:

- Dienstmützen mit Hakenkreuz sind zu tragen
- Der „Hitlergruß“ ist Pflicht in und außer Dienst
- Eisenbahner sollen ihre Kinder in die Organisationen der NSDAP eintreten lassen.

Politisch unliebsame Reichsbahner werden ebenso aus dem Dienst entfernt wie Eisenbahner jüdischer Herkunft. In einer Ergebenheitsadresse versichert Bahnchef Dorpmüller bereits im März 1933 dem neuen Regime die Loyalität der Reichsbahn. Doch die Nationalsozialisten danken es den Eisenbahnern nicht: Hitler selbst ist kein Freund der Eisenbahn, sondern sieht im Auto das Massenverkehrsmittel der Zukunft. So muss die Reichsbahn die nach dem Ende der Reparationen im Jahr 1932 frei gewordenen Überschüsse zum großen Teil für den ihr zugeordneten Autobahnbau verwenden, der auf Geheiß Hitlers nun forciert wird.

Am 1. September 1939 löst Hitler den zweiten Weltkrieg aus. Die Reichsbahn wird zu einem wesentlichen Instrument der Kriegsmaschinerie. Die logistische Leistung aber auch der Verschleiß sind enorm. Bis 1944 werden nahezu 13.000 Lokomotiven neu gebaut. In diesen Zeitraum fällt auch die Umsiedlung von Auslandsdeutschen in den Ostraum. Zugleich beginnt der Transport jüdischer Bevölkerungsteile in die Ghettos im Osten in Vorbereitung der vom NS-Regime geplanten Vernichtungsmaßnahmen.

Die Reichsbahn wird zum Holocaust herangezogen. Mindestens 3 Millionen Juden sowie Hunderttausende von Sinti und Roma werden auf der Schiene in die Vernichtungslager Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Belzec und Majdanek transportiert. Hierfür fordert das von Eichmann geleitete Referat für „Judenangelegenheiten“ des Reichssicherheitshauptamts die Züge bei der Reichsbahn an. Diese führt die Transporte durch.

Der Reichspropagandaminister Goebbels proklamiert 1943 den „totalen Krieg“. Unter dem Motto „Räder müssen rollen für den Sieg“ wird auch von der Reichsbahn letzter schonungsloser Einsatz mit vielen weiteren Opfern gefordert.“

Bei der Eröffnung der Ausstellung Ende September in Nürnberg verwies der Sprecher des Konzernvorstandes der DB darauf, dass es nicht allein bei der Gestaltung der Ausstellung bleibe.

So gibt es inzwischen auch ein Projekt von DB-Auszubildenden für Toleranz und gegen rechte Gewalt. **KarlForster**

Conrad Blenkle

Auf dem Richtblock im Zuchthaus Berlin-Plötzensee ermordeten die Nazis am 20. Januar vor 60 Jahren einen kommunistischen deutschen Widerstandskämpfer, der ihnen im Dezember 1941 in Dänemark in die Hände gefallen war: Conrad Blenkle. Er hatte von Dänemark aus seit 1938 die illegalen Parteiorganisationen der KPD in Danzig, Lübeck und Stettin angeleitet.

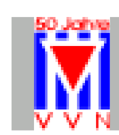
Wir gedenken

Mit 17 Jahren war der am 28. Dezember 1901in Berlin geborene Conrad Blenkle 1919 als Bäckergeselle Mitglied der Partei geworden. Von 1924 bis 1928 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) gehörte er dem Zentralkomitee der KPD an und wurde 1928 ins Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Jugendinternationale gewählt. Von 1928 bis 1930 vertrat er die KPD im Reichstag – als zeitweilig jüngster Abgeordneter. Weil er als Schriftleiter des KJVD-Zentralorgans „Die junge Garde“ mehrere Artikel über die geheime deutsche Aufrüstung veröffentlicht hatte, wurde er im Februar 1932 von der Justiz der Weimarer Republik zu eineinhalb Jahren Festungshaft verurteilt, Ende Dezember aber wieder entlassen.

Nach dem Machtantritt der Nazis war Blenkle als Mitglied der illegalen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD für die Herausgabe von Schulungsmaterialien und die Redaktion des Presse- und Informationsdienstes verantwortlich. Im Frühjahr 1934 musste er emigrieren, um nicht der Gestapo in die Hände zu fallen. Illegal zurückgekommen, leitete er seit 1936 von Bremen aus die Bezirksorganisation Nordwest. Als er hier von der Gestapo gesucht wurde, übernahm er 1937 in Zürich die Abschnittsleitung Süd des ZK der KPD. Ende des Jahres wurde er aus der Schweiz ausgewiesen; er ging nach Dänemark.

Als die Hitlerwehrmacht 1940 Dänemark besetzte, verbreiteten Blenkle und seine Genossen gemeinsam mit dänischen Patrioten Flugblätter und Zeitungen, in denen die deutschen Besatzungssoldaten aufgefordert wurden, die Mordbefehle zur Unterdrückung der dänischen Widerstandsbewegung nicht zu befolgen. Nach seiner Verhaftung konnte ihn die Gestapo nicht durch noch so grausame Folterungen und Peinigungen beugen.

In dem Abschiedsbrief an sein Kind schrieb er an seinem, Todestag: „Handle immer verantwortungsbewusst, arbeite unablässig an deiner Vervollkommnung, schone dich nie, wenn es um Großes geht und du dich einsetzen musst!“ **pt**



Infos und Angebote



Bücher und Broschüren
Die folgenden Bücher und Broschüren können bei der VVN-BdA Bundesgeschäftsstelle oder den Landesvereinigungen bestellt werden. Den Bestellwert (+ EUR 1,55 Porto) bitte als Verrechnungsscheck oder in Briefmarken der Bestellung beilegen!

Neu
Ulrich Sander, Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1941/1942*, 208 S. , EUR 14,90 (incl. Porto)*

Kurt Bachmann, Wir müssen Vorkämpfer der Menschenrechte sein, *Hrsg. von der VVN-BdA Köln, 264 S., EUR 12,00*

Kurt Goldstein, Wir sind die letzten - fragt uns*, 253 S., EUR 12,00*

Neu
Erwin Eckert / Erwin Fuchs, Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen*, hrsg. von F.-M. Balzer u. M. Weißbecker, 646 S., EUR 32 (incl. Porto)*

Elke Reuter / Detlef Hansel, Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der VVN in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*, 634 S., EUR 12,00*

Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren*, herausgegeben von der VVN-BdA zum 90. Geburtstag von Alfred Hausser, A-4-Format, 116 Seiten, EUR 12,50 (bei Abnahme von mind. 5 Exemplaren - EUR 9,00)*

Lorenz Knorr, Kontinuitäten des Rechtsextremismus*, 162 Seiten, EUR 14,80*

Ausstellungskatalog: Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Enthält eine Reproduktion aller Tafeln der Neofaschismus-Ausstellung der VVN-BdA, mit einem Vorwort von Kirsten Rölke (IGM), A4-Format, 36 Seiten, EUR 2,55*

Neofaschismus in der Bundesrepublik. *Heft 1: Neofaschistische Ideologie. Herausgegeben von der Kommission Neofaschismus der VVN-BdA. A5-Format, 48 Seiten, EUR 2,00*

Neofaschismus in der Bundesrepublik. *Heft 3: Neofaschismus und Konservatismus / Totalitarismus- und Extremismusdoktrin / Antifaschistische Politik. Herausgegeben von der Kommission Neofaschismus der VVN-BdA. A5-Format, 72 Seiten, EUR 2,55*

Ulrich Schneider, Zukunftsentwurf Antifaschismus - 50 Jahren Wirken der VVN für "eine Welt des Friedens und der Freiheit", *248 S. im Großformat , über 300 Abb., EUR 19,- (incl. Versandkosten)*

Gerhard Fischer/Ulrich Schneider, Christen gegen Faschismus und Krieg - Entscheidung für Leben und Solidarität, *A5-Format, 56 S., EUR 2,55 (bei Abnahme von mind. 10 Exemplaren EUR 1,50 + Porto)*

Gerechtigkeit für die Überlebenden der NS-Zwangsarbeit*, 2. überarbeitete Aufl., 44 Seiten, EUR 2,00*

Zwangsarbeit und KZ Buchenwald. Tage im Leben des Foma Fjodorowitsch Sakordonez*, A5-Format, 76 Seiten, EUR 2,55*

Ulrich Schneider: Gedenken am 27. Januar: Ein Tag zum Nachdenken, Weiterdenken und Handeln*, 66 Seiten, A5-Format, EUR 2,55*

Kommission Neofaschismus der VVN-BdA in NRW und Hartmut-Meyer, Der deutsche Militarismus ist nicht tot - er riecht nur streng*, 80 Seiten, A4-Format, EUR 4,-*

Ulrich Schneider (Hg.), Tut was! Strategien gegen Rechts*, 215 Seiten, EUR 13,00 (incl. Porto)*

Bibliothek des Widerstandes:

Carlebach, Schmidt, Schneider, Buchenwald - Ein Konzentrationslager*, A4-Format, 186 Seiten EUR 17,00 (incl. Porto)*

Julius Fucik, Reportagen unter dem Strang geschrieben*, 159 Seiten, EUR 12,00 (incl. Porto)*

Irmgard Litten, Eine Mutter kämpft gegen Hitler, *251 Seiten, EUR 17,00 (incl. Porto)*

Harry Fisher, Comrades. Bericht eines US-Interbrigadisten im spanischen Bürgerkrieg*, mit einem Vorwort von Pete Seeger, 244 Seiten, EUR 18,00 (incl. Porto)*

U. Schneider, Willy Schmidt - Antifaschist und Gewerkschafter*, 196 Seiten, EUR 14,00 (incl. Porto)*

Sonderpreis:

Karl-Heinz Jahnke/Alexander Rossaint, Dr. Joseph Cornelius Rossaint (1902-1991). *Aus dem Leben und Wirken des verstorbenen Ehrenpräsidenten der VVN-BdA, 234 S., zahlreiche Abb., incl. Versandkosten EUR 13,00*

Postkartensatz „Deutsche Wirklichkeiten" *mit Karikaturen von Guido Zingerl, 10 Postkarten schwarz-weiß, EUR 5,00 (Bei Abnahme von mind. 5 Sätzen - DM 8,00, bei Abnahme von mind. 10 Sätzen entfallen zusätzlich die Versandkosten)*

Grafikmappe:

Die Humanität ist streitbar von Beruf, *Mappe (A3-Format) mit Drucken von Karl Hubbuch, Hanns Kralik, Willi Sitte, Carlo Schellemann, Walter Womacka, Enric Rabasseda, Ronald Paris, Guido Zingerl, Jörg Scherkamp, Werner Marschall, Waltraud Bücking, Nils Burwitz, Ursula Richter und Rolf Münzner, incl. Versandkosten EUR 65,00*

Plakate: -„Fordert das Verbot aller Nazigruppen", *A1-Format, 4-farbig, EUR 0,50*

Aufkleber:„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen"*, schwarz/weiß im A-7-Format, selbstklebend, je 100 Stk. EUR 2,50*

„Keine Toleranz für Nazis", *rot/blau auf weißem Papier im A-7-Format, selbstklebend, je 100 Stk. EUR 2,50*

Neu: „Nie wieder Faschismus"*, rot/schwarz auf weißem Papier im A-7-Format, selbstklebend, je 100 Stk. EUR 2,50*

Mitgliedsabzeichen VVN-BdA*, EUR 2,00*
Mitgliedsabzeichen FIR*, EUR 1,00*
Fahne VVN-BdA*, 2-farbig, EUR 18,00*
Transparent „Lasst uns in Frieden..."*, 3-farbig, EUR 37,00*

Sonderkonditionen für die Abnahme größerer Mengen können in der Bundesgeschäftsstelle erfragt werden (Tel. 030-2978-4174, e-mail: bundebuero@vvn-bda.de).

VVN-BdA-Archive
Hartmut-Meyer-Archiv: *Themengebiete u.a.: Neofaschismus, Konservatismus, Esoterik, usw. Anfragen über die VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, Gathe 55, 42107 Wuppertal*
Georg-Herde-Archiv: *Themengebiet: Revanchismus (von 1958 bis heute). Anfragen über die VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Frankfurt/M.*
Bundesarchiv: *Themengebiete: NS-Verbrechen, Neofaschismus, Geschichte der VVN-BdA: Anfragen über VVN-BdA Hamburg, Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg*
Video-Archiv: *VVN-BdA Rheinland-Pfalz, Lutrinastr. 6, 67655 Kaiserslautern*

Anfragen sollten möglichst schriftlich eingereicht werden. Kosten (Kopien, Versandkosten, usw.) werden in Rechnung gestellt.



Abschied von Roland Netter

Roland Netter, Präsident der ANACR Elsass (Association Nationale des Anciens Combattants de la Resistance) ist am 14. Juni 2002 verstorben. Ihm zu Ehren fand am 18. Oktober im Gewerkschaftshaus in Straßburg, seiner Geburtsstadt, eine Trauerfeier, ausgerichtet durch die ANACR statt. Ursprünglich hatte Netter an diesem Tag ein Symposium über „Georg Elser und die anonymen, deutschen Widerständler gegen die Nazibewegung" veranstalten wollen.

Eröffnet wurde die Trauerzeremonie durch das Partisanenlied „Le chant des partisans". Sein Weggefährte und Mitstreiter Raymond Olff, Vizepräsidenten der ANACR Elsass, berichtete vor den rund 100 Gästen. unter denen sich auch Esther Broß vom Bundesausschuss der VVN-BdA und der Generalkonsul für die Bundesrepublik Deutschland in Straßburg befanden, über Roland Netters Leben. Er war 1940 17 Jahre alt und wurde als Jude nach Turckheim, dann in den Doubs nach Maiche evakuiert. Um ins unbesezte Frankreich zu gelangen, passierte er gemeinsam mit Raymond Olff per Fahrrad die Grenze. Nach einem Aufenthalt in der Gegend von Lyon arbeitete er in einer Waffenmanufaktur in St-Etienne, wo er sich dem Widerstand anschloß. Er verteilte Flugblätter gegen die Nazis und sabotierte mit seiner Gruppe erfolgreich die Waffenproduktion. Verhaftet durch die Gestapo im August 1944, wird Roland Netter vier Tage lang gefoltert. Anschließend von Gendarmen befreit, nimmt er in einer Résistance-Einheit am Elsass-Feldzug teil und erlebt den Sieg am 8.Mai in Österreich. Seitdem engagierte sich Netter dafür, das antifaschistische Vermächtnis an die jüngeren Generationen bei Schulbesuchen und Veranstaltungen auf beiden Seiten des Rheins weiterzugeben.

Peter Gingold sprach für die DRAFD, die Vereinigung deutscher Widerstandskämpfer, die an der Seite der Alliierten den Faschismus bekämpften. Nicole Low, die gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Spanienkämpfer Adolphe Low, beim Vereinigungskongreß der VVN-BdA in Berlin die ANACR vertreten hatte, schildertete Roland Netters Lebenswerk.

Für die VVN-BdA würdigte unser im Elsass lebender Kamerad, der Schriftsteller, Hans Adamo, die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit unserer Organisationen wie z.B. beim Marsch der Erinnerung zu Ehren von Dr. Haidi Hautval vom KL Struthof nach Le Hovald oder die gemeinsamen Veranstaltungen zum Jahrestag des Spanienkrieges. Er schloss mit den Worten: „Wir sollten nicht nur die Asche unserer Toten anbeten – wir sollten auch das Feuer weitertragen."
VVN-BdA KV Ortenau

Internationale Hefte der Widerstandsbewegung

Es ist nicht übertrieben, wenn man das hier zu besprechende Buchprojekte mit den Worten einleitet: Ein kleiner Verlag hat sich einer sehr großen, aber verdienstvollen Aufgabe gestellt.

Im Herbst 2002 legte der Verlag „Olga Benario und Herbert Baum" in Offenbach einen Nachdruck der 10 unter dem eingangs genannten Titel erschienenen Hefte der Zeitschrift der FIR vor. Auf 1080 Seiten finden sich hier Berichte, Analysen und Dokumente über den Widerstand gegen den Nazifaschismus und die Okkupationspolitik sowie Literaturberichte über den damaligen Forschungsstand. Ausgangspunkt der Reihe war 1959 die Forderung, „die nationalen Widerstandsbewegungen der verschiedenen Länder besser kennen zu lernen und das Studium des von jedem Volke geführten Kampfes gegen Nazismus und Faschismus umfassender zu gestalten."

Die thematische Breite der Hefte reichte von Untersuchungen über verschiedene nationale Widerstandsbewegungen (hierin u.a. ein Beitrag von Wolfgang Abendroth über die bundesdeutsche Widerstandsrezeption) über das KZ-System und den Widerstandskampf in den Konzentrationslagern. Studien über die Beteiligung von Ausländern in den jeweiligen nationalen Widerstandsbewegungen, Darstellungen zu den bewaffneten Aufständen in den europäischen Großstädten Paris, Prag, Neapel und Warschau bis zu den programmatischen Dokumenten der Widerstandsbewegungen für den gemeinsamen Kampf und eine demokratische Nachkriegsentwicklung.

Einen Schwerpunkt der Hefte bilden die Berichte und Veröffentlichung der Beiträge zweier internationaler Konferenzen der FIR über die Geschichte der Widerstandsbewegung. Die erste Konferenz im November 1959 in Florenz stand unter dem Titel: „Die Widerstandsbewegung und die junge Generation". Die VVN war auf dieser Konferenz u.a. durch Wilhelm Herzog, Kurt Hirsch, Alfred Hausser, Joseph C.Rossaint und Ursel Hochmuth vertreten. In ihren Diskussionsbeiträgen ging es unter anderem um das Wiedererstarken neofaschistischer Kräfte in Deutschland und die Verfälschungen der Widerstandsdarstellung in Schulbüchern.

Die zweite Konferenz vom April 1962 in Warschau, die in einem Dreifachband dokumentiert ist, stand unter dem Titel: „Der nationale und internationale Charakter der Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges". Albert Baum, einer der Vertreter der VVN-Delegation auf dieser Konferenz, beschrieb in seinem Diskussionsbeitrag die Kompliziertheit der Handlungsbedingungen des deutschen Widerstandes vor dem Hintergrund der langfristigen ideologischen Kriegsvorbereitung.

Mit dieser Konferenzdokumentation wurde das Erscheinen der „Internationalen Hefte" eingestellt. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass sich nicht zuletzt durch die Aktivitäten der FIR angestoßen ein „Verbindungskomitee der Historiker der Widerstandsbewegung in Europa" gebildet hatte, das weitere Kongresse zur Geschichte der Widerstandsbewegung von sich aus plante. Als programmatische Verpflichtung heißt es zum Abschluss: „Gegenwärtig ist die wichtigste Aufgabe der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer und ihrer nationalen Organisationen, das Wissen um die Widerstandsbewegung mit allen Mitteln unter jenen bekannt zu machen, die nicht daran teilgenommen haben. Nur so kann das, was die Widerstandskämpfer beseelt hat, auch in Zukunft weiterleben und in den Handlungen künftiger Generationen Gestalt annehmen." (S. 919)

Natürlich kann man aus heutiger Perspektive nicht übersehen, dass diese Aufarbeitung in manchen Bereichen (geographisch und thematisch) sehr lückenhaft war, wie die Herausgeber an mehreren Punkten in ihrem Editorial auflisten.

Ob jedoch all diese Kritikpunkte der Editoren an die damalige Perspektive der Geschichtsarbeit angelegt werden können und sollten, sei hier nicht diskutiert. Entscheidend ist deren Gesamteinschätzung, dass es sich bei diesen Heften um eine Sammlung von hohem dokumentarischen Wert handele. **U. Schn.**

Marburg: Wolfgang-Abendroth-Brücke

Eine Brücke für den Partisanenprofessor" überschrieb die Frankfurter Rundschau ihren Bericht über die Namensgebung für den Mensasteg in Marburg, der jetzt Wolfgang-Abendroth-Brücke heißt. „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer" hat der Philosoph Jürgen Habermas einst den Widerstandskämpfer, Antifaschisten und fortschrittlichen Hochschullehrer Wolfgang Abendroth genannt, der 22 Jahre an der Marburger Universität wirkte. „Natürlich", so die FR, „stimmten die bürgerlichen Parteien von CDU über FDP und ‚Marburger Bürgerliste' bis zu den ‚Bürgern für Marburg' gegen das Vorhaben." Sie konnten es dennoch nicht verhindern.

Die Jugend im rechten Umfeld

Um in der Öffentlichkeit, in der Schule, am Ausbildungsplatz, in der Clique, in den Familien dem konservatistischen bis neofaschistischen Treiben von Organisationen, von Kulturschaffenden und Internetanbietern, die sich an Jugendliche wenden zu widersprechen ist es hilfreich einen Überblick über den aktuellen Stand der neofaschistischen „Jugendarbeit" im weitesten Sinn zu haben.

Auch mit Hilfe der Musikszene werden die Jugendlichen umworben und wird versucht, sie für neofaschistisches Gedankengut und den Eintritt in entsprechende Organisationen zu gewinnen. Die Broschüre setzt sich kritisch mit folgenden Organisationen und neofaschistischen Jugendszenen auseinander:

- der „Jungen Union" hier auch unter Einbeziehung der CDU/CSU.

- dem „Kyffhäuserbund" der verstärkt Jugendliche ansprechen will;

- mit dem „Akademischen Neofaschismus" hier unter Einbeziehung der Burschenschaften, der akademischen Jugend und andere studentische Organisationen wie z.B. RCDS und ihre Nähe zu den Reps und anderen neofaschistischen Organisationen;

- mit dem Thema „Jugend- und Vertriebenenverbände – zum politischen Gehalt eines Paradoxons";

- mit den „Skinhaeds" im System der neofaschistischen Jugendszene;

- mit der „NPD und ihre Jugendorganisation – die Jugendarbeit findet woanders statt". So auch im System der neofaschistischen Jugendszene z.B. „freie Kameradschaften", „Ostpreußenjugend" usw.

- mit der Musikszene, hier rechte Tendenzen im „Dark Wave" - „...durchtränkt von Blut und Schmerzen"

- mit dem „Rechtsextremismus im Internet – eine Bestandsaufnahme 2002"

Mit Hinweisen auf weiterführende Literatur sowie Zitaten aus öffentlichen Auftritten der jeweiligen Hauptakteure der verschiedenen Organisationen glauben wir, dass die Broschüre interessierten Jugendlichen und Multiplikatoren Informationen und Handwerkszeug in der Auseinandersetzung mit neofaschistischen Ideologien und Organisationen liefert. Die Broschüre kann bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA bestellt werden. Sie sollte auch bei keiner Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland" fehlen!

Bernd Meimberg, Neofaschismuskommission der VVN-BdA

Grauzone

Die Nazis kamen nicht nur aus eigener Kraft an die Macht. Wichtige Teile der "Eliten" aus Militär, Medien, Wirtschaft und dem politischen Konservatismus ermöglichten die Übertragung der Macht an Hitler, den Aufbau der Diktatur und die Herbeiführung des Zweiten Weltkrieges.
Wie bereits in der Weimarer Republik gibt es auch in der Bundesrepublik organisatorische, personelle und weltanschauliche Überschneidungen zwischen Neofaschismus und Konservatismus. Die eigentlich selbstverständliche Abgrenzung gegen neofaschistischen Inhalte wird durchlöchert.



Studentische Verbindungen (nach 1945 wegen ihrer profaschistischen Rolle zunächst komplett von den Alliierten verboten) pflegen nationalistisches und autoritäres Gedankengut



Zusammenarbeit mit unbelehrbaren Militaristen: Der stellv. Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Edgar Trost überreicht Ehrengeschenke an den ehem. Geschäftsführer des "Verbandes Deutscher Soldaten"



Die Zeitschrift des „Verbandes Deutscher Soldaten e.V."

Der Selbständige

Der „Bund der Selbständigen" bietet rechtskonservativen Publizisten ein Forum.
Die „Deutschland-Stiftung e.V." aus dem Umfeld der CDU/CSU verlieh 2000 ihren „Konrad-Adenauer-Preis" an Prof. Ernst Nolte. Nolte setzt sich seit vielen Jahren für die Relativierung der faschistischen Verbrechen ein.



Infostand der CDU-Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Berlin

"Besonders schwerwiegend sind die Menschenrechtsverletzungen, die gegen bestehendes Völkerrecht millionenfaches Elend über unser Volk brachten und die als unverjährbare Verbrechen, als Völkermord an den ostdeutschen Stämmen, auf Heilung warten (...) In diesem Zusammenhang ist im besonderen auf die unmenschliche Behandlung der Soldaten durch die Amerikaner hinzuweisen, die ... die deutschen Gefangenen in Erdhöhlen verhungern ließen. (...) Ein Verzicht auf den völkerrechtlich gegebenen Eigentumsanspruch der Heimatvertriebenen gibt es nicht."



Die Vertriebenen-Verbände waren von Anfang an stark mit vormaligen NS-Funktionären durchsetzt, pflegen aber auch die Nähe zu den Unions-Parteien

Pforzheim: CDU-Attacke gegen VVN-Ausstellung

Der baden-württembergische CDU-Staatssekretär und Kreisvorsitzende seiner Partei in Pforzheim, Stefan Mappus, hat mit einer Intervention verhindert, dass dort in einem Kulturhaus die von der VVN-BdA und der IG Metall gestaltete Neofaschsimus-Ausstellung gezeigt wird. Die „Grauzonen"-Tafel in der Ausstellung *(s. Abbildung)* wertete der CDU-Mann als „unsägliche Verquickung" und „Verunglimpfung von Christdemokraten".

„Die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt", meldete daraufhin die Stuttgarter Zeitung, „reagierte auf die Intervention mit schweren Vorwürfen gegen die CDU. ‚Mappus zwingt das Kulturhaus zur Zensur', so die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium und Pforzheimer Bundestagsabgeordnete. Die Ausstellung ist nicht neutral, aber das muss eine Ausstellung auch nicht sein", erklärte sie. Wichtiger sei, dass die Schau zum Nachdenken anrege."– DieBündnisgrünen im badenwürttembergischen Landtag wollen als Reaktion auf die CDU-Attacke die Neofaschismus-Ausstellung nun in ihren Fraktionsräumen zeigen.

In einer Presserklärung nannte VVN-BdA-Bundes- und Landessprecher Werner Pfennig den CDU-Vorstoß eine „unerträgliche Zensurmaßnahme" und einen „peinlichen Rückfall in obrigkeitsstaatliche Traditionen". In über 100 Städten der Bundesrepublik sei die Ausstellung mit großem Erfolg gezeigt und von vielen hundert Schulklassen besichtigt worden.

Neue Bücher

Neues über die „Rote Kapelle“

In der „antifa-rundschau“ 52/02 gedachten wir der als „Rote Kapelle“ in die Geschichte eingegangenen Widerstandsorganisation. Ergänzend dazu sei auf einige neue Buchveröffentlichungen zum Thema hingewisen:

Über die Berliner Widerstandskreise, die „Roten Kapelle“, wie sie die Gestapo nannte, wurden in West und Ost nicht wenige Bücher, Artikel und Filme veröffentlicht. Lange Zeit galten die 120 verhafteten Hitlergegner, von denen 45 hingerichtet wurden, im Westen Deutschlands als Landesverräter, weil sie - in Kontinuität zu den Deutungsmustern der Gestapo - einem europaweiten sowjetischen Spionagenetz angehörten. In der DDR wurden sie nicht nur als antifaschistische Widerstandskämpfer, sondern auch als „Kundschafter“ für die Sowjetunion gewürdigt.

In den letzten Jahren sind Ausstellungen, Bücher und Filme entstanden, die eine neue Sicht auf die Widerstandskämpfer und ein vielschichtiges Bild dieser heterogenen Widerstandsgruppierung vermitteln, in der Intellektuelle, Künstler, Arbeiter, Angestellte, Soldaten, Offiziere, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, darunter auch erstaunlich viele Frauen, in ihrer Ablehnung des NS-Staates zusammenfanden.

Geertje Andresen und Hans Coppi verknüpfen eine Auswahl der Briefe von Harro Schulze-Boysen an die Familie, an Freunde und Partner mit zeitgeschichtlichen Hintergründen zu einem reich differenzierten Lebensbild. Der Leser kann gleichsam privat teilhaben an einer vehementen geistig-politischen Selbstsuche in den Umbrüchen jener Zeit. Es begegnet ihm ein wissbegieriger, einfühlsamer, zu gewonnenen Überzeugungen stehender, lebenslustiger, entwaffnend offenherziger, auch bis zum Leichtsinn abenteuerlicher Schulze-Boysen. Das Buch ist ein wichtiges Zeitdokument zum Widerstand.

Stefan Roloff, der als Maler in New York lebt, erzählt eine bewegende Vater-Sohn-Geschichte und die Wege seines Vaters in den Widerstand. Der Pianist Helmut Roloff, bei dem man ein Funkgerät fand, wurde verhaftet, und verhört - doch er überlebte. In den fünfziger Jahren war er Rektor der Hochschule für Musik in Berlin (West). Mit seinem Sohn hat er erst kurz vor seinem Tod über die Vergangenheit gesprochen. Das mit Mario Vigl geschriebene Buch stützt sich auf Interviews mit Angehörigen, Recherchen in US-amerikanischen Archiven und auf in den letzten Jahren publizierte Forschungsergebnisse.

Auch Shareen Brysac erzählt das Leben von Mildred Harnack, einer Amerikanerin, die als Ehefrau von Arvid Harnack, verhaftet und auf Befehl Hitlers zum Tode verurteilt wurde, vom Anfang und nicht von ihrem tragischen Ende her. Das Buch erscheint im Herbst 2003 im Scherz-Verlag in deutscher Übersetzung.

Diese Veröffentlichungen zeigen eindrucksvoll Lebenswege und Beweggründe von Hitlergegnern jenseits ihrer politischen Ausgrenzung, Diffamierung oder Einvernahme in den Zeiten des Kalten Krieges.

Hans Coppi und Geertje Andresen (Hg): Dieser Tod passt zu mir. Harro Schulze-Boysen Grenzgänger im Widerstand. Briefe 1915-1942, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2002, 447 S. , 10 Euro.
Stefan Roloff: Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs. Ullstein, 357 Seiten, 22 Euro
Shareen Brysac: Resisting Hitler – Mildred Harnack and the Red Orchestra, New York 2000

*

Studienkreis: „Benes-Dekrete“

Die informationen Nr. 56 mit den Themenschwerpunkten „Benes-Dekrete“ und „Wehrmachtsausstellung“ sind erschienen. Die beiden Schwerpunkte wollen in aktuelle geschichtsrevisionistische Debatten eingreifen.

Im ersten Schwerpunkt geht es um die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien. Ulrich Schneider analysiert den geschichtlichen Hintergrund der „Benes-Dekrete“. Reinhard Kühnl weist, ausgehend vom Begriff der Geschichte als prozesshaftes Geschehen, auf die besondere Bedeutung von Ursachen und Folgen gerade im Hinblick auf die deutsch-tschechischen Beziehungen hin und skizziert die Möglichkeiten eines auf geschichtlichem Verstehen basierenden Dialogs. Dirk Krüger erinnert an Aspekte des gemeinsamen Kampfes deutscher und tschechischer Antifaschisten gegen den Henlein-Faschismus in den Jahren 1935-1938. Miriam Tinterová berichtet über Erfahrungen aus der aktuellen Entschädigung ehemaliger NS-Opfer in Tschechien.

Als „Leitmotiv“ finden sich im ganzen Heft und auf der Rückseite Plakate, die Studentinnen und Studenten für einen Wettbewerb der Alliance Graphique Internationale (AGI) an Hochschulen in Deutschland entworfen haben. Diese „Anschläge gegen rechte Gewalt“ waren bisher auch in einigen Städten als Ausstellung im öffentlichen Raum zusehen. Zudem gibt es in dieser Ausgabe einen „Überblick über Wanderausstellungen“ zu Themen der NS-Zeit.

Das Heft informationen Nr. 56 ist für 5,50 EUR zzgl. Versandkosten zu beziehen bei: Studienkreis deutscher Widerstand 1933-1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel. 069-721575, www.studienkreis-widerstand-1933-45.de.

*

Krimis für AntifaschistInnen

Spannend, hochpolitisch, verbunden mit antifaschistischer Aufklärung. Dass das eine das andere nicht ausschließen muss, beweisen Henning Mankell und Ulrich Reitzel. Sie sind das beste, was ich seit langem auf dem überfüllten Krimi-Markt gefunden habe – ein unbedingtes Muss für KrimiliebhaberInnen und AntifaschistenInnen.

Aufklärung pur über ein Stück faschistischer deutsch-schwedischer Geschichte und faschistischer Netzwerke der Gegenwart erhalten wir in Henning Mankells „Die Rückkehr des Tanzlehrers“. Der pensionierte Polizist Herbert Molin lebt in völliger Abgeschiedenheit in Norrland. Im Oktober 1999 wird er überfallen, gefoltert und getötet. Sein füherer Kollege, Polizeikommissar Stefan Lindmann, 37, findet heraus, dass er ein ehemaliger SS-Mann war. Molins Nachbar, ein pensionierter Geiger, wird wenige später ebenfalls schlimm zugerichtet und ermordet. Nach einem Mörder für die beiden Verbrechen an den Nachbarn wird gesucht. Aber ist es ein und derselbe Mörder? Welche Rolle spielte der Vater des tödlich erkrankten Kriminalkommissars und die schöne Tochter des SS-Manns Molin? Ist der Mörder eine Bestie oder verlangt er nach Gerechtigkeit? Ist das Opfer ein von Geburt aus verschlagener Nazi – oder wie stark haben ihn die Umstände beeinflusst?

Mankell gelingt es, ohne die gewohnt detailgerechte Darstellung der kriminaltechnischen Arbeit der schwedischen Polizei zu vernachlässigen, die faschistischen Verbrechen der Vergangenheit mit dem geheimen Netzwerk der schwedischen und internationaler Nazis der Gegenwart in einer spannenden und erschreckenden Geschichte zu verknüpfen. Indem er allen Beteiligten – Tätern, Opfern und Polizisten – eine eigene, nuancierte Persönlichkeit mit Vorlieben und Ängsten gibt, ihre Geschichte und Herkunft beschreibt, erfährt der Leser/die Leserin glaubwürdig, wie stark die deutschen faschistischen Einflüsse auf das

nach außen hin so überaus neutral erscheinenden Schweden zu Zeiten des zweiten Weltkrieges gewesen sein muß. Der Leser/die Leserin wird unweigerlich vor die Frage gestellt, wie solche Netzwerke der neuen Rechten wohl in unserem Land funktionieren. Der in Südafrika lebende Mandell bringt auch den großen Kontinent mit ins Geflecht der handelnden Personen.

Ulrich Ritzel gäbt in „Die schwarzen Ränder der Glut" für die antifaschistische Aufklärung in den Siebzigern. 1972, in den Monaten der RAF-Hysterie erschießt in Mannheim ein Polizist, Kriminalkommissar Berndorf unterstellt, einen Unschuldigen, den vermeintlichen Drahtzieher eines Überfalls auf den Geldtransport der Landeszentralbank. Die Selbstanzeige des Polizisten wird niedergeschlagen.

Er erhängt sich 30 Jahre später. Sein Abschiedsbrief reizt den aus dem Dienst ausgeschiedenen Kriminalhauptkommissar Berndorf zu privaten Ermittlungen. Das führt uns zurück zum Handeln der Personen im Sommer 1972, die in der Redaktion einer regionalen SPD-Zeitung „mehr Demokratie" wagen wollten. Berndorf sucht sie nun alle wieder auf. Im Mittelpunkt der Handlung steht der linke Scharfmacher von einst, Ernst Moritz Schatte, der sich zum rechtsnationaler Professor gewendet hat. Im Elsass, Heidelberg, Mannheim und einer noblen politischen Akademie auf der schwäbischen Alb wird recherchiert. Dabei begegnet seine Kollegin Tamar unter mysteriösen Umständen nicht nur Professor Schatte sondern auch dem Verfassungsschutz. Die Staatspartei und die Opposition sind ebenfalls involviert. Der Marsch durch die Institutionen - in einem Krimi äußert spannend nachvollzogen. **Anne Rieger**

Henning Mankell, Die Rückkehr des Tanzlehrers, Paul Zsolnay Verlag Wien 2002, ISBN 3-552-05205-4, 512 S., 24,90 Euro
Ulrich Ritzel, Die schwarzen Ränder der Glut, Libelle Verlag und Büchergilde Gutenberg, 2001, 411 S., 22,90 Euro

*

Informationen zum Zweiten Weltkrieg

Kaum ein Leser wird dickleibige Bände wie „Die Wehrmacht. Mythos und Realität" (München 1999) oder den schwergewichtigen Ausstellungskatalog „Verbrechen der Wehrmacht" (Hamburg 2002) durcharbeiten. Aber dieses kompakte Taschenbuch „Der Zweite Weltkrieg" ist für alle erschwinglich.

Der namhafte Militärhistoriker Gerhard Schreiber, früher MGFA Freiburg, erkundet und erhellt die Vorgeschichte, den Verlauf und die Wirkungen des Zweiten Weltkriegs. Sein klarer und überzeugender Stil gründet offenkundig in der souveränen Beherrschung des für Laien inzwischen unübersichtlichen Stoffgebietes. Auf dem neuesten Forschungsstand führt Schreiber in seiner sehr konzentrierten Darstellung den Leser in alle wesentlichen Aspekte des Zweiten Weltkrieges ein. Schreiber schildert nicht nur militärische und politische Strategien, sondern ebenso die furchtbaren Verbrechen, die im Schatten dieses Krieges möglich wurden: die Ausrottung der Juden, Sinti und Roma.

Der „Kampf um Kreta" ist heute noch Legende unter den alten Kameraden. Gerhard Schreiber freilich in schonungsloser Knappheit: „Die Deutschen machten etwa 17 000 Kriegsgefangene. Außerdem massakrierten sie ungezählte Zivilisten. Denn der Kommandierende General des XI. Fliegerkorps, General der Flieger Kurt Student, befahl nach dem Abschluss der Kampfhandlungen so genannte Vergeltungsmaßnahmen, die, was immer ihnen vorausgegangen sein mag, das einschlägige Völkerrecht verhöhnten." Bleibt von Seiten des Rezensenten hinzuzufügen: Erst nach massiven Protesten tilgte die Bundeswehr im Herbst 1998 die Traditionswürdigkeit von General Student, einem der willfährigsten Handlanger Hitlers.

Die Heeresgruppe Nord unter Generalfeldmarschall Ritter von Leeb hatte das Baltikum eingenommen; am 13. September 1941 begann die 900tägige Belagerung Leningrads, die rund eine Million zivile Opfer forderte. Der kundige Leser weiß von den Dotationen Hitlers für Leeb – und von Leebs Ergebenheitsadresse nach dem 20. Juli 1944: „Ich danke Ihnen herzlich für die großzügige Überweisung des Gesamtbetrages für den Waldbesitz und benütze die Gelegenheit, Ihnen für die wundersame Errettung vor dem ruchlosen Anschlage meine tiefgefühlten Glückwünsche auszusprechen. Sieg dem deutschen Heere! Heil Hitler!" (Knab, *Falsche Glorie*, S. 67f.) Die ehemalige „Ritter-von-Leeb-Kaserne" in Landsberg am Lech ist nun eine Unterkunft für Asylbewerber.

Angesichts der verbrecherischen Kriegführung und des Völkermordes der Wehrmacht kommt Gerhard Schreiber zu diesem harten, fundierten Urteil: „Der kriminelle Charakter der nationalsozialistischen Kriegführung begründete sich darin, dass die Regierung, für die deutschen Soldaten von 1939 bis 1945 kämpften, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beging oder befahl. (...) Hitlers Entscheidung für den Mord an den Juden entsprach seinem rassenpolitischen Kriegsziel."

Jakob Knab, Sprecher der „Initiative gegen falsche Glorie"

Gerhard Schreiber, Der Zweite Weltkrieg, München 2002 (BsR 2164), 7, 90 EUR



Jugendliche im Widerstand

Seit vielen Jahren beschäftigt sich Ulrich Sander mit Helmuth Hübener, dem jungen Hamburger Widerstandskämpfer und seinen Kampfgefährten. Dies fand seinen Niederschlag auch in einer Reihe von Artikeln in der „antifa-rundschau" (zuletzt in „ar" 50/02, S. 13 f.: „Vor 60 Jahren verhaftet: Der Hübener-Kreis und andere Jugendlichen-Gruppen").

Helmuth Hübener, gläubiger mormonischer Christ, wurde am 27. Oktober 1942 in Berlin-Plötzensee von den Nazis hingerichtet. Er war der jüngste in der NS-Zeit vom Volksgerichtshof verurteilte und ermordete Antifaschist. „Drei Fotos blieben von ihm" schreibt Ulrich Sander in seinem neuen Buch „Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1941/42", „und eine Prozessakte. Sie erinnern an eine außergewöhnlich mutige Tat des Widerstandes gegen den Hitlerfaschismus, an das dramatische Schicksal eines jungen Hamburger Christen, der fast noch ein Kind war, als das Fallbeil seinem hoffnungsvollen Leben ein Ende machte." In dem Buch wird ausführlich die Arbeit der Hamburger Widerstandsgruppe um Helmuth Hübener dokumentiert, ihre Flugblattaktionen gegen den Hitlerfaschismus. Breiten Raum nimmt daneben die Aufarbeitung der Rezeption dieser Widerstandsgruppe nach 1945 ein – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sondern auch in den USA, in denen die Religionsgemeinschaft der Mormonen ja eine bedeutsame Rolle spielt.

Auch von den „furchtbaren Juristen" und dem Umgang mit ihnen in der BRD handelt das Buch: „Diejenigen, die Helmuth Hübener umbrachten", schreibt Ulrich Sander, „wurden samt und sonders nicht bestraft."

Ulrich Sander, Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1941/42, Pahl-Rugenstein-Verlag Bonn, 208 S., 14,90 EUR, ISBN 3-89144-336-6.

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freundinnen und Freunde,

VVN/Bund der Antifaschisten, Frauenlobstr. 24, 80337 München
Deutsche Post AG, PVSt, Entgelt bezahlt, H 11136 F

Endlich schneit es im Süden unseres Landes - ein bisschen. Weiter im Norden kämpfen die Menschen wiederholt gegen Hochwasser und Überschwemmung. Und sie bangen erneut um Hab und Gut. Ich dagegen genieße gerade eine weitere Segnung unseres schönen Ländles: den zusätzlichen Feiertag „Heilige Drei Könige".

Na ja, denen ist ein Stern erschienen, der sie nach Bethlehem geleitete, um dort einem Kind zu huldigen, dessentwegen Tausende andere Kinder durch die Häscher des Herodes ihr Leben lassen mussten. Mit Berufung auf dieses Kind wurden im Verlauf der Geschichte noch unendlich viele getötet von denen, die vorgaben, seine „Lehre der Liebe" zu verbreiten und zu verteidigen.

Hat sich irgend etwas geändert?

Heute huldigen die Mächtigen anderen Göttern und Götzen, Idolen und Idealen. Sie kaschieren ihre eigene Ideologie wie schon immer als moralische Verpflichtung, als Verteidigung der reinen Lehren, als Kämpfer für die Freiheit und die bessere höhere Einsicht. Wie immer in der Geschichte zeichnen sie sich aber aus durch ein fanatisches Sendungsbewußtsein und ein Wissen um die geradezu göttliche Fügung, dass es gerade sie sind, die diese Aufgabe wahrnehmen dürfen oder sogar müssen.

Dafür schicken sie meist junge Menschen in ihre Kriege. Sie schaffen es eigenartiger Weise immer wieder, den Menschen klar zu machen, dass es ein heiliger, ein gerechter Krieg sei. Kritiker wurden auf ebenfalls hinlänglich bekannte Art und Weise mundtot gemacht. Wenn sie nicht gerade umgebracht, verbrannt, gevierteilt, gepfählt wurden, hat man sie zumindestens beobachtet, verleumdet, verbannt, gefoltert, gemobbt, ihre existentielle Grundlage zerstört usw.

Wieder müssen wir erleben, wie bewusst und wie zielstrebig ein schändlicher Krieg vorbereitet und begonnen wird. Ebenfalls, wie meist in der Geschichte, geht es um erkennbare Interessen, in diesem Fall nur ums Erdöl. Nur, sie werden wieder verbrämt als Kampf um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Und der Krieg wird wieder mit großem Pathos als etwas absolut Heiliges und Gerechtes gesegnet.

Weil wir wieder einmal zu denen gehören, die solchen Botschaften nicht glauben werden, weil wir uns das Denken nicht abschwatzen lassen wollen, weil wir an einer wirklichen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit arbeiten wollen, bitten wir Sie: Unterstützen Sie uns mit Ihrem gerechten Beitrag und mit vielen Spenden.

Ihr/Euer Heinz A Siefritz, Bundeskassierer

Wir danken unseren Spenderinnen und Spendern. Von Oktober bis 18. Dezember 2002 wurden gespendet:

Susanne Bachmann	25,56 EUR
Herta und Willi Belz	15,00 EUR
Doris Bosowski, Dormund	50,00 EUR
Herta Brich, Weiden	15,33 EUR
Christel Fuchs-Jensen, Haßloch	20,00 EUR
Henryk Gestarz, Frankfurt/Main	20,00 EUR
Ulla Jelpke, Dortmund,	51,12 EUR
Richard Krieg	20,00 EUR
VVN-BdA KV München (f. „ar")	204,52 EUR
VVN-BdA KV Peine	30,00 EUR
Hans Lehner, München	25,00 EUR
Gesa und Horst Metzger, Wedel	75,00 EUR
Erich Parzinger	50,00 EUR
Heinrich Rausch	100,00 EUR
Wolfgang Richter, Dortmund	50,00 EUR
Anatoli Shinin, Berlin	30,00 EUR
Rahel und Ernst Springer, Leipzig	100,00 EUR
Jürgen Stiewe, Hannover (f. Bundeskongress)	15,00 EUR

Spenden für VVN-BdA-Jugendkonferenz 2003:

Alfred Dellheim, Berlin	50,00 EUR
Josef Gerats, Halle/Saale	50,00 EUR
Regina Girod, Berlin	50,00 EUR
Jugend in der IG Metall	500,00 EUR
VVN-BdA KV Essen	50,00 EUR
VVN-BdA KV Freiburg	50,00 EUR
Lagergemeinschaft Ravensbrück	150,00 EUR
VVN-BdA LV Thüringen	100,00 EUR
Gesa und Horst Metzger, Wedel	100,00 EUR
Inge und Heinz Siefritz, Umkirch	50,00 EUR



Ein nützliches Hilfsmittel für den antifaschistischen Alltag: Die neuen Aufkleber der VVN/BdA (siehe oben). Rot/schwarz gedruckt auf weißem Papier, im handlichen DinA7-Format, sind sie – weil selbstklebend – vielseitig und rasch verwendbar. Bestellt werden können sie bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA im Hunderter-Pack (100 Stück kosten 2,50 EUR). Um rege Nachfrage wird gebeten.

Konto Nr.
54 37 73 600
Postbank
Frankf/M.,
BLZ 500 100 60